Inhalt

2 Editorial

3 Zur Revolution in Ägypten - Teil 2

6 Interview zur 15M-Bewegung in Spanien

9 Anarchie organisieren

13 Vorurteile und Urteile über den (aktuellen) Anarchosyndikalismus

21 Was ist Faschismus #6.2

29 Begegnungen feindlicher Brüder

30 Termine

31 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

Gǎidào 改道

einen anderen weg gehen

Zeitschrift der anarchistischen Föderation (FdA - IFA)

No 10
2011

Editorial

Hallo Menschen,

das Editorial scheint euch wirklich sehr am Herzen zu liegen – nun, wir werden uns Mühe geben es in Zukunft nicht mehr ausfallen zu lassen! Leider war das nicht der einzige Fehler der uns in der letzten Ausgabe unterlaufen ist. So sind uns sowohl bei dem Artikel „Warum ich keinPatriot bin“ als auch bei den Leserbriefen die Quellenangaben abhanden gekommen. Beides stammt von der Seite *syndikalismus.tk*. So langsam nähert sich die Faschismus-Reihe ihrem Ende. In dieser Ausgabe findet ihr Teil 6,2 mit dem Schwerpunkt: Extrem rechte Kontinuitäten und Brüche in Deutschland nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ Mit >Die »Kommune vom Tahrir-Platz« & Neuer Patriotismus< setzen wir den Nachdruck des Interviews mit einem Ägyptischen Anarcho-Syndikalisten fort. Vielleicht Interessiert ihr euch auch für das Interview zur Bewegung 15M, das ein Mitglied des FdA Exklusiv für uns geführt hat. Besonders spannend sind sicher auch die Beiträge „Anarchie organisieren“ und die Antwort von Torsten Bewernitz auf die Kritik am Anarcho-Syndikalismus aus der letzten Ausgabe! Natürlich findet ihr in dieser Ausgabe noch das eine oder andere mehr… Ausnahmsweise wollen wir an dieser Stellen die Gelegenheit nutzen euch auf eine Demonstration in Karlsruhe aufmerksam zu machen. Die Demo “Es ist nicht die Krise – es ist das System!” findet am 15.10.2011 um 16 Uhr in Karlsruhe statt. Alle wichtigen Informationen findet ihr auf: *esistdassystem.blogsport.de* – Und warum wir das an dieser exponierten Stelle erwähnen? Nun, das „Anarchistische Netzwerk Südwest*“ hat sich an der Organisation beteiligt und zeigt damit einmal mehr, das sich im deutschsprachigem Raum langsam aber sicher stabile und dauerhafte Regionale anarchistische Strukturen entwickeln. Wir wünschen den beteiligten Gruppen viel Spaß und Erfolg und hoffen das sich auch der eine oder andere jenseits des „Südwestens*“ an dieser Demo beteiligt!

Außerdem:
Was fehlt – in dieser Ausgabe sollte eigentlich ein Interview mit einem Bulgarischen Anarchisten veröffentlicht werden. Ein Kollege der anarchistischen Föderation (fda-ifa.org) hat dies extra für die [改道] Găi Dào geführt. Leider haben wir es nicht sofort veröffentlichen können. Zwischenzeitlich ist es Anfang September zuerst auf *bildungdiskutieren.blogsport.de* veröffentlicht und dann von *syndikalismus.tk* übernommen worden. Außerdem fehlen in dieser Ausgabe zwei Beiträge von Syndikalismusforschung.info und vom ASK Altona – beide Beiträge werden wir in der nächsten Ausgabe nachreichen! Und natürlich werden wir dieses Jahr noch unsere kleine Reihe zum Thema Kollektivbetriebe fortsetzen.

Eure Redaktion [改道] Găi Dào

Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: *http://www.fda-ifa.org*
IFA: *http://www.i-f-a.org*

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: *afb@riseup.net*
http://www.afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: *info@anarchie-mannheim.de*
http://www.anarchie-mannheim.de.vu

Antinationale Offensive Saarbrücken
Kontakt: *antinationale@riseup.net*
http://www.antinationale.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: *linetdd@riseup.net*
http://www.libertaeres-netzwerk.info

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: *lb-hoch2@riseup.net*
http://lblb.pytalhost.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
karakok.wordpress.com/karakok-autonome
Kontakt: l*aydaran@immerda.ch*

Würzburg, **17.11**: Claus Peter Ortlieb von der Exit!-Redaktion zu „Charakter, Ursachen und Konsequenzen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise“.
Kellerperle am Studentenhaus. *kupuk.de*

Würzburg, **18.11**: Daniel Kulla liest zu „Entschwörungstheorie- Niemand regiert die Welt“, danach DJ-Set mit Kulla, Breakbeat/Elektro/HipHop.
Club L, **Innere Aumühlstrasse 9**. *kupuk.de*

Nürnberg, **10.10.**: Vortrag mit Lesung und Diskussion “Gegen die Arbeit”. Zum Thema der Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris in der Zeit von 1936 bis -38, referieren wird der Historiker Michael Seidmann.
Nachbarschaftshaus Gostenhof,
Adam Klein Str. 6, **19 Uhr**. *faunbg.blogsport.de*

A-Woche – Gesellschaftspolitische Tage in Rostock
Wann: *18.-22.10.2011* | **Wo**: *Peter-Weiss-Haus, Doberaner Straße 21, 18057 Rostock*
Wir leben in einer Zeit großer Herausforderungen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Krisen wechseln sich ab, Wirtschaften und Herrschaftsysteme wanken. Armut, Krieg, Hunger, Umweltzerstörung, Rassismus und Diskriminierung sind allgegenwärtig. Die Auswirkungen dieser Verhältnisse spüren wir auch vor Ort: Arbeitslosigkeit, Werftensterben, Atomtransporte, Gentechnik, Haushaltslöcher, Fremdenfeindlichkeit, Naziübergriffe, Verarmung, Abwanderung…
Es gibt Alternativen und dafür steht die (A)-Woche: anfangen anders zu agieren. Verschiedenste Themen werden beleuchtet: Wirtschaft, Arbeit, Ökologie, Anarchie, Utopien, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Alternativen, Formen direkter Demokratie, Sexismus, Antifaschismus, Rassismus, Gewerkschaften, Bildung und vieles Andere. Die (A)-Woche richtet sich an Alle, die Lust haben mitzumachen. Dabei geht es auch darum konkrete Projekte, Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten zu erproben. Von Dienstag bis Samstag gibt es Workshops, Vorträge, Diskussionen, Werkstätten, Offene Räume für was ihr wollt, Essen, Filme, Feiern und vieles mehr.
Mehr Infos: *awoche.blogsport.eu*
Kontakt: *liste-awoche@soziale-bildung.org*

Karlsruhe: Demo
„Es ist nicht die Krise – es ist das System!“
„Grenzenlose Solidarität statt kapitalistischem Überlebenskampf!“
Wann: *15.10.2011, 16 Uhr* | **Wo**: *Werderplatz*
Lasst uns gemeinsam wie in vielen anderen europäischen Städten an diesem dezentralen europäischen Aktionstag unseren Unmut über die derzeitige Systemkrise zum Ausdruck bringen.
Lasst uns gemeinsam ein sichtbares Zeichen setzen: Für die Entmachtung der Finanzmärkte – Für eine breite Solidarität zwischen den europäischen Bürger_innen –
Für ein neues Gesellschaftssystem,
dass den Bedürfnissen aller Menschen gerecht wird!
Mehr Infos: *esistdassystem.blogsport.de*

Zur Revolution in Ägypten / Teil II: Die »Kommune vom Tahrir-Platz« & Neuer Patriotismus

In dem folgenden Gespräch äußert sich Jano Charbel, der als Journalist über Arbeitskämpfe berichtet und sich als Anarchosyndikalist versteht, über den Charakter der Revolution in Ägypten, die jüngere Geschichte der Arbeiterkämpfe, die Rolle der Islamisten und der Gewerkschaften, über Geschlechterbeziehungen und die Perspektiven der Kämpfe. Das Interview wurde von zwei Freunden der klassenlosen Gesellschaft im Frühjahr 2011 in Kairo geführt.

FKG: *Zurück zur Revolution. Wie war die organisiert? Es heißt immer, dass Parteien und Gruppierungen keine Rolle gespielt haben, »die Leute« hätten das in die Hand genommen. Einige sprechen sogar von der »Kommune vom Tahrir-Platz«.*

JC: Um diese Kommune zu verstehen, muss man zurückgehen und sich ansehen, wie die Arbeiter ihre Streiks organisieren, bei denen sie manchmal wochen- oder auch monatelang kein Einkommen haben. Wenn sie in den Streik treten, bringen sie ihre Familien mit, um die Fabriken zu besetzen. Die Familien bündeln dann ihre Ressourcen und sind so in der Lage, die Arbeiter ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Das Gleiche ist auf dem Tahrir-Platz passiert. Alles war auf diese gemeinschaftliche Art organisiert.

FKG: *Die Familien schlafen also in den Fabriken?*

JC: Manchmal schlafen sie zuhause, manchmal nehmen die Arbeiter sie mit an den Ort des Protests. Und das ist auch auf dem Tahrir-Platz geschehen: Die haben ihre Familien dabei gehabt, die wiederum für Verpflegung gesorgt haben, die dann untereinander verteilt wurde. Essen und Getränke waren auf dem Tahrir-Platz für alle umsonst. Die Straßen um den Platz wurden von Freiwilligen gereinigt und in einigen Lazarett-Zelten gab es kostenlose medizinische Versorgung. Ich kann mich an die Reaktion eines amerikanischen Journalisten erinnern, der von Schlägertypen verletzt wurde: »Diese Revolution hier hat mir etwas gegeben, was ich in den USA nicht bekomme, nämlich kostenlose medizinische Versorgung.« Seine Verletzungen wurden behandelt und niemand verlangte einen Pfennig… Klar, Schwerverletzte, etwa mit Schusswunden, wurden in richtige Krankenhäuser gebracht, dafür reichte die Ausstattung auf dem Platz nicht aus. Es war eine selbstverwaltete Kommune. Manche sprechen auch von einer Art Woodstock, einer festivalartigen, autarken Menschenansammlung mit gemeinsamen Forderungen. Und das ist den Streiksituationen der Arbeiter sehr ähnlich. Tausende Arbeiter aus dem Großraum Kairo haben täglich ihre Schicht absolviert, um sich dann dem Protest anzuschließen. Auch Arbeiter aus entfernten Bezirken sind auf den Platz gekommen. Meistens sind sie ein, zwei Tage geblie-

ben, manchmal auch länger und mit ihren Familien, und dann zur nächsten Schicht zurück in ihre Heimatorte gefahren. Am 8. und 9. Februar haben die Arbeiter dann die massive Streikwelle losgetreten.

FKG: *Das erinnert mich ein bisschen an die Revolte in Griechenland, über die auch gesagt wurde, »das hat sich alles von allein entwickelt«. Gab es überhaupt keine Organisationsstrukturen, zum Beispiel bei der Verteilung von Essen? Keine Versammlungen oder ähnliches?*

JC: Notgedrungen entstanden auf der Basis von Nachbarschaften so genannte »Volkskomitees«. Nachdem am 28. Januar die Polizei besiegt und von der Straße verbannt worden war, haben diese Komitees Wachposten und Patrouillen organisiert. Und nicht nur das: die Polizei hatte tausende Gefangene freigelassen. Generell bin ich für die Freilassung von Gefangenen, aber einige der Insassen waren extreme Gewaltverbrecher. Hunderte, wenn nicht sogar tausende, wurden von der Polizei bewaffnet und dazu angestachelt, Leute zu attackieren und für Chaos und Verwüstung zu sorgen: »Bring um, wen du willst, zerstör', was du willst«.

FKG: *Wurden die auch vom Staat bezahlt?*

JC: Von einigen der bewaffneten Schlägertypen, die auf dem Tahrir-Platz verhaftet wurden und mit denen ich sprechen konnte, ist mir bekannt, dass ihnen vom Innenministerium Geld versprochen wurde, bis zu 5.000 Pfund ($ 830). Wahrscheinlich hat niemand von ihnen das Geld je gesehen; aber was ihnen da zugesagt wurde, entspricht nach ägyptischen Standards einem kleinen Vermögen.Diese Volkskomitees haben sich organisiert, um Nachbarschaften, Häuser, Läden und andere Gebäude zu verteidigen. Der Staat war zu diesem Zeitpunkt mehr oder weniger zusammengebrochen und nicht mehr in der Lage, Dienstleistungen aufrechtzuerhalten. Also haben sich die Komitees zusätzlich um die Straßensäuberung, Verkehrsführung und so weiter gekümmert. Niemand wurde dafür bezahlt, die Leute haben auf natürliche Weise so gehandelt. Ihnen war klar, dass das unsere Revolution ist; und wenn der Staat uns nicht hilft, dann helfen wir uns eben selbst. Spontane Basisbewegungen dieser Art waren nicht nur in Kairo zu beobachten – im ganzen Land gab es Tahrir-Plätze, in Alexandria, Mahalla, Suez, Mansoura, El Arish, Assiut, El-Minya… Gesellschaft wurde auf einmal selbstverwaltet; Essens- und medizinische Versorgung, Aufräumarbeiten, Verkehrsregelung und so weiter zeigen, dass die Menschen bereit gewesen sind, den Staat zu stürzen und über ihn hinauszuwachsen. Die Ägypter hatten wenig oder überhaupt keine guten Erfahrungen mit der Regierung gemacht – bloß Korruption und Unterdrückung. Während des Aufstands wurden mehr als 680 Menschen getötet.

Neuer Patriotismus

JC: Vor der Revolution war man beschämt, sich als Ägypter zu bezeichnen. Viele haben sich deshalb eher als Muslim oder Christ gesehen. Junge Leute standen in Scharen vor Botschaften westlicher Länder, um das Land möglichst schnell zu verlassen.

FKG: *Im Moment scheint es, dass die Revolution zu einer Wiederbelebung des Patriotismus führt – überall sieht man Flaggen…*

JC: Ja, das ist eine Wiederbelebung des ägyptischen Nationalismus, die ich einerseits bewundernswert finde und andererseits übertrieben…

FKG: *Was findest du daran bewundernswert?*

JC: Es gibt einen bewegenden Spruch, der mit Mubaraks Sturz aufkam: »Erheb' deinen Kopf, du bist Ägypter.« Vorher ging es nur darum, den Kopf bloß unten zu behalten, tanz' nicht aus der Reihe, sonst könntest du im Gefängnis landen. Jetzt sagen die Leute: Das ist mein Land und ich habe keine Angst, den Mund aufzumachen. Die Gesellschaft kann neu aufgebaut werden, Ägypten ist nicht mehr das Land von Mubarak und seinen korrupten Unternehmer-Ministern. In dieser Hinsicht ist der Patriotismus bewundernswert. Aber die Medien haben das natürlich aufgeblasen und durch fremdenfeindliche Züge aus dem Zusammenhang gerissen. Viele der Parolen sind auch reaktionär, etwa: »Ägypten über alles« HYPERLINK „https://we.riseup.net/fda+gaidao/im-orig-dt" im Orig. dt.. Das grenzt an Faschismus, das ist zu nationalistisch. Oder: »Wir sind alle Ägypter« – ja, klar, sind wir, aber es gibt reiche und mächtige Ägypter, die dich ausbeuten, ins Gefängnis stecken und zu Tode foltern, um ihre Interessen zu verteidigen.

FKG: *Aber genau aus dem Grund kann es keinen harmlosen Patriotismus geben, der dann überspannt wird. Ich verstehe schon, was du meinst, es ging darum, nicht weiter alles hinzunehmen…*

«Begegnungen feindlicher Brüder.
Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung»

Philippe Kellermann (Hg.)
Unrast Verlag, 2011, ISBN 978-3-89771-505-9, 14 Euro

Seitdem es eben diese „feindlichen Brüder" gibt, wurde praktisch permanent etwas zu ihrem komplizierten Verhältnis untereinander geschrieben. Beide Seiten produzierten fleißig Schmähschriften, etwas weniger fleißig waren leider diejenigen, die sich ernsthaft darum bemühten, zwischen den scheinbar unversöhnlichen Positionen zu vermitteln, damit sie sich wenn nicht in einer Synthese vereinen, dann wenigstens gegenseitig bereichern. Solche Schriften sind auch unterschiedlich ausgefallen, manche waren zwar gut gemeint, blieben aber eher oberflächlich, andere – und du solchen zähle ich das von Phillippe Kellermann herausgegebene Buch – versuchen tiefer zu bohren. Es wäre natürlich nur ein Anfang, oder eher die Fortsetzung der Debatte, denn es ist schier unmöglich, alle Aspekte und Einzelheiten des Streits zwischen Marxismus und Anarchismus in einem dünnen Buch zu beleuchten. Wie vielfältig die Aspekte sein können – davon zeugen die im Buch versammelten Aufsätze. So kommen z.B. Wolfgang Eckhard und Karl Reiter in ihren Beiträgen zum selben Thema, zum Konflikt zwischen Marx und Bakunin bezüglich der Staatlichkeit, zu diametral entgegengesetzten Schlüssen. Antje Schrupp schafft aber im darauf folgenden Beitrag diese Konfliktlinien zu relativieren, indem sie andere aufmacht – nämlich wie widersprüchlich die Frage nach der Emanzipation der Frau in der Ersten Internationale diskutiert wurde.

Kellermanns Auseinandersetzung mit Sorel, sich vermeintlich auf Marx, in der Tat aber auf den irrationalistischen Philosophen Henri Bergson beziehenden Syndikalisten, macht richtig Lust sich Sorels Ideen, die sich eher für Rechte als für Linke als nützlich erwiesen haben, näher anzuschauen. Dasselbe gilt auch für Jens Kastners Aufsatz über Antonio Gramsci, dabei sei angemerkt, dass die Auseinandersetzung noch vor Jahren begonnen wurde (siehe GWR 293, 2004), und in ihrer aktuellen Form (logischerweise) viel mehr Sinn macht. Auch ein angespanntes Verhältnis zwischen der rätekommunistischen Strömung und Anarchismus kommt an mehreren Stellen zur Sprache, was hoffentlich viele LeserInnen animieren wird, weiter in die Richtung nachzuforschen.

Trotz des positiven Bezugs Robert Foltins auf die neuere Sozialdemokratie, die in erster Linie durch Hardt und Negri gehypet wird, was m.E. einfach eine falsche Alternative ist, ist seiner schonungslosen, aber solidarischen Kritik an anarchistischer Begriffslosigkeit gerade was den Erzfeind des Anarchismus, den Staat angeht. Zu dieser Begriffslosigkeit hat sowohl der berühmt-berüchtigte Umstand beigetragen, dass die Geschichte die abstrakte Staatskritik „klassischer" AnarchistInnen bestätigte und ihre Aktualisierung oft vernachlässigt wurde, als auch die explizite Weigerung vieler AnarchistInnen, sich mit der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zu befassen, ohne die das Erfassen der modernen Staatlichkeit kaum möglich sein wird.

Hoffen wir also, dass die Erkenntnis für beide Seiten des Konflikts (der keiner sein sollte) wichtiger ist, als das Verharren in historisch längst überholten Identitäten und zahnlosen jugendlichen Subkulturen. Hoffen wir auch, dass diese durchaus gelungene Aufsatzsammlung zur Erkenntnis beiträgt. ■

Ndejra

Inhalt und Funktion der Extremismus-Theorie

Die staatliche Auseinandersetzung mit neonazistischen Aktivitäten gehorcht in der BRD den Vorgaben des Extremismus-Konstrukts. Letzteres fußt auf der Annahme, repräsentative Demokratie und Marktwirtschaft fügten sich zu einer alternativlosen Staats- und Gesellschaftsordnung, die von den politischen Rändern her bedroht werde. „Links- und Rechtsextremismus“ erscheinen aus dieser verengten Perspektive als wesensverwandte Gefahrenpotenziale, die es im Sinne einer „wehrhaften Demokratie“ gleichermaßen zu bannen gelte. Dementsprechend pflegen „Sicherheitsbehörden“ und bürgerliche PolitikerInnen bei nahezu jeder Thematisierung extrem rechter Aggression eine Warnung vor der angeblich nicht minder massiven Bedrohung von links einzuflechten. Diesbezügliche argumentative Unterstützung erhalten sie von selbsternannten Extremismus-ForscherInnen, die häufig ihrerseits einen erheblichen politischen Rechtsdrall aufweisen. So sei nur der emeritierte Bonner Professor für Politische Wissenschaft und zeitweilig bei staatlichen Stellen wie dem Bundesinnenministerium (BMI) hochgeschätzte „Antifaschismus-Experte“ Hans-Helmuth Knütter (geboren 1934) erwähnt, der sich im Rahmen einer 1990 veröffentlichten Abhandlung gar für eine „Enttabuisierung des Faschismus“ aussprach. Die systematische Gleichsetzung von Neo- und Antifaschismus, von Bestrebungen zur Errichtung eines rassistischen Führerstaats und dem Engagement für die Schaffung sozialer Freiräume dient nicht nur der Diffamierung die Herrschaftsverhältnisse grundsätzlich hinterfragender, emanzipatorischer Politikansätze, sondern verdeckt auch den Blick auf in der „Mitte der Gesellschaft“ zur Genüge vorhandene fremdenfeindliche und nationalistische Tendenzen. ■

fpf

Quellen:

Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin, Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009.

Farin, Klaus / Seidel-Pielen, Eberhard, Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland, Berlin 1991.

Fricke, Karl Wilhelm, Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung – Strukturen – Arbeitsfelder, Köln 1989³.

Häusler, Alexander, Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND, Düsseldorf 2010 (Neuauflage).

Lausberg, Michael, Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der „Bürgerbewegung Pro Köln“ und der „Bürgerbewegung Pro NRW“, Münster 2010.

Peters, Jürgen / Schulze, Christoph (Hg.), „Autonome Nationalisten“. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, Münster 2009.

Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR, Frankfurt am Main 1996 (erweiterte Neuausgabe).

Tornau, Joachim, „Nationale Traditionen unseres Volkes“. Anspruch und Wirklichkeit des Antifaschismus in der DDR. In: Calcül. Zeitschrift für Wissen und Besserwissen, Nr. 4 (November 1996).

JC: ...und das Land zurückzufordern...

FKG: *...ja, aber »das Land zurückzufordern« ist doch nicht die Perspektive. Es geht darum, Staaten und Grenzen weltweit abzuschaffen...*

JC: Unbedingt. Und das ist auch das, was wir als Anarchisten oder radikale Linke gerne sehen würden. Aber es ist unmöglich, mit einem Sprung von A nach Z zu kommen, manchmal muss man schrittweise vorgehen. In der aktuellen Situation geht der Patriotismus zu weit; »Ägypten zuerst«, also: keine Streiks, denkt nicht an eure Klasseninteressen. Das ist nationalistische Propaganda.

FKG: *Also würdest du zwischen Patriotismus und Nationalismus unterscheiden, wobei der erste weniger schlimm wäre als der zweite?*

JC: Die sind beide übel, aber es gibt unterschiedliche Grade von schlechtem Nationalismus. Es gibt einen Nationalismus, der sagt: Hol‘ dir dein Land zurück und schau auf. Und dann gibt es einen, der sagt: Ausländische Elemente sind in der Revolution am Werk und die ausländischen Medien verbreiten Lügen. Dann gibt es Xenophobie. Und Nationalismus um des Nationalismus willen, nach dem Motto:
Lasst uns ein symbolisches Ägypten auf Kosten unserer Klasseninteressen verteidigen. Das halte ich im Moment für das Schädlichste: Ägypten geht vor, vergessen wir unsere Klasseninteressen! Dieses Flagge-Schwenken und sich das Gesicht Rot-Weiß-Schwarz Anmalen muss ein Ende haben. Schauen wir lieber, was unsere wirklichen Interessen sind: mindestens 40 Prozent der Ägypter leben unterhalb der Armutsgrenze und ein großer Teil der Übrigen kommt grade so zurecht. Sogar Akademiker können mit ihren monatlichen 1.000 Pfund ($ 165) kaum eine Familie ernähren. Es ist also nicht so, dass sich in Ägypten eine Revolution ereignet hat und nun alle die gleichen Interessen haben.
Die Arbeiter haben andere als die Kapitalisten. ■

Interview zur 15M-Bewegung in Spanien

Im August traf jt (afb) einen Genossen der FAI Ibérica in Bilbao (tx), der selbst an der „Indignad@s“-Bewegung der 15M beteiligt ist, und befragte ihn zur Situation im baskischen Bilbao sowie zu den möglichen Perspektiven.

jt: *Du bist ja selbst an der Bewegung beteiligt. Wie würdest du die Bewegung aus deiner eigenen Perspektive beschreiben?*

tx: Es handelt sich dabei um viele Menschen, die die Spielchen auf politischer Ebene satt haben. Deswegen organisieren sie sich jetzt jenseits von Parteien oder Gewerkschaften und engagieren sich für eine neue Form der Demokratie. Ursprünglich waren es gar keine besonders radikalen Forderungen, aber die Bewegung verändert sich immer mehr und radikalisiert sich dabei auch. Es ist keine Bewegung, die die Herrschaft an sich in Frage stellt, aber es handelt sich ja auch um eine sehr junge Bewegung. Es gibt sie gerade mal ca. vier Monate. Der Grundgedanke ist: Nicht die Politik soll über die Menschen bestimmen, sondern die Menschen über die Politik.

Es gibt regelmäßige Versammlungen auf öffentlichen Plätzen, die als Vollversammlungen fungieren. Dort werden alle Entscheidungen getroffen und eventuelle Mandate für bestimmte Aufgaben verteilt. Generell gilt dort die Politik des offenen Megaphons: Alle können sprechen, worüber sie wollen, und so halten manche einen Vortrag, andere ein Gedicht vor und wiederum andere erzählen über die Schwierigkeiten mit ihrem Job oder mit ihrem Status als Arbeitslose. Mitgliedsbeiträge gibt es keine.

Und dann gibt es noch einen Konsens des Gewaltverzichts, d. h. bei allen Aktionen, die beschlossen werden, wird auf Gewaltfreiheit geachtet.

jt: *Was sind denn das überhaupt für Leute, die sich in dieser Bewegung zusammenfinden?*

tx: Die meisten von ihnen stecken in einer schwierigen persönlichen Lage. Sei es, weil sie arbeitslos sind, oder weil sie keine Ausbildungsstelle finden oder grundsätzlich keine Perspektive in diesem System sehen. Alle sind besorgt über die aktuelle Entwicklung im Land. Es sind Junge und Alte dabei, aber die meisten stammen aus der Arbeiterschicht, vor allem viele der jungen Leute. Denn das sind die Hauptleidtragenden der Krise, die allerdings nicht an die „Krise“ glauben, sondern diese Idee als Ausrede des Systems ansehen, als Mittel zur Durchsetzung neuer Normen. Entsprechend erschallt auf den Demonstrationen und Versammlungen auch immer wieder der Schlachtruf „Esto no es una crisis, esto es una estafa“ (dt.: Das ist keine Krise, das ist eine Verarsche).

jt: *Wann begann die Bewegung in Bilbao?*

tx: So um den 16./17. Mai.

jt: *In Reaktion auf die Geschehnisse in Madrid?*

tx: Ja, zuerst startete das Ganze in Madrid und Barcelona, aber sehr bald hatte sich die Bewegung auf das ganze Land ausgeweitet, so auch bei uns.

jt: *Und warum begann sie gerade zu diesem Zeitpunkt? Hatte es eventuell was mit den Aufständen in Nordafrika zu tun?*

tx: Das war bestimmt ein wichtiger Auslöser, denn auch hier entstand diese Bewegung praktisch aus dem Nichts. Sie erwischt alle kalt – selbst die konservativen Zeitungen, die noch am Vortag großherzig beklagt hatten, dass es hierzulande keine Proteste gibt. Ich denke schon, dass viele Leute gedacht haben: ‚Wenn so eine Bewegung sich in Nordafrika manifestiert – trotz der großen Repression und Widerstände – warum dann nicht hier?’

jt: *Wie viele Leute kommen denn so zu den Versammlungen in Bilbao?*

tx: Zu den Hochzeiten waren es so 500-600 Leute. Mittlerweile sind die Versammlungen weniger gut besucht, aber dafür sind die Arbeiten besser verteilt.

Herstellung von „Sicherheit und Ordnung“, zumal sich dieser Bestandteil ihrer eher schlichten Programmatik hervorragend mit der Hetze gegen angebliche Betrügereien „türkischer Sozialhilfeempfänger“ und „multikulturelle Gangs“ verknüpfen lässt. Kein Themenfeld wird im Rahmen der „pro“paganda allerdings intensiver beackert als der verallgemeinernd für extremistisch befundene Islam. Gebetsmühlenartig beschwören die „pro“-FunktionärInnen die migrationspolitische „Zeitbombe“ einer „schleichenden Islamisierung der Gesellschaft“ und pflegen auf diese Weise einen zum Kulturkampf verklärten Rassismus. Mit perfiden Kampagnen gegen „kriminelle Zigeuner“ und Moscheen als Keimzellen islamistischen Terrors gelangte „pro Köln“ zu lokaler Bekanntheit und brachte es bei den Kommunalwahlen 2004 und 2009 auf vier bzw. fünf Sitze im Stadtrat. Der Versuch, das „pro“-Modell mittels Gründung zweier weiterer „Bürgerbewegungen“ 2005 und 2007 überregional auszudehnen schritt hingegen nur stockend voran. So besaß „pro Deutschland“ 2009 nur etwa 170 Mitglieder, während „pro NRW“ im Jahr darauf den erhofften Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag mit einem Ergebnis von 1,4 Prozent deutlich verpasste. Umso mehr ist dem „pro“-Netzwerk daran gelegen, sich mit erfolgreicheren internationalen Bündnispartnern wie dem belgischen „Vlaams Belang“ (VB) oder der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) zu schmücken. 2008 und 2009 unter Beteiligung rechtspopulistischer Organisationen diverser Länder in Köln abgehaltene „Anti-Islamisierungskongresse“ sollten für eine neue Qualität medialer Aufmerksamkeit sorgen, verliefen aber auf Grund ebenso breiten wie effizienten Widerstands jeweils blamabel. Wie häufig im Umgang mit politischen GegnerInnen reagierten „pro“-Kader mit geschichtsverfälschenden Vorwürfen, indem sie sich z. B. zu Opfern einer „linke(n) SA“ erklärten.

„Autonome Nationalisten“

Nach der Jahrtausendwende brachte die Szene der „Freien Kameradschaften“ in Gestalt der „Autonomen Nationalisten“ (AN) einen neuen Typus militanter Neonazis hervor. Die fast ausschließlich männlichen, in der Regel zwischen 16 und 25 Jahre alten Vertreter dieser Strömung geben sich antibürgerlich-revolutionär und zeichnen sich durch eine Vereinnahmung linksradikalen Zusammenhängen abgeschauter Erscheinungs- und Aktionsformen sowie popkultureller Codes aus. Hierbei bedienen sie sich einer altbewährten Strategie der extrem Rechten, griffen doch etwa italienische „Schwarz-“ ebenso wie deutsche „Braunhemden“ in den Frühphasen ihrer Bewegungen zur Gewinnung proletarischer AnhängerInnen bewusst auf Symbole, Rituale und Losungen sozialistischer Organisationen zurück. Dunkle Cargohosen, Kapuzenpullover, Baseballkappen, Sonnenbrillen und Handschuhe tragend, bilden AN bei ausreichender Beteiligung in den vorderen Reihen neonazistischer Aufzüge nach dem Vorbild der radikalen Linken angehörender Autonomer „schwarze Blocks“. Auf Transparenten, Aufnähern und Buttons verwenden sie abgewandelte Slogans und Embleme der politischen Gegenseite, z. B. das Logo der Antifaschistischen Aktion mit zwei schwarzen Fahnen statt schwarzer und roter Flagge. Als Blickfang kommen häufig auch bei Jugendlichen beliebte Zeichentrickfiguren zum Einsatz. Für Neonazis ungewöhnlich ist ihre Nutzung englischsprachiger Parolen wie „Fight back“. Zum festen Repertoire ihrer Propagandamedien zählen jugendkulturell geprägte Kommunikationskanäle wie das Sprayen sowie das Veröffentlichen von Videoclips in Internetforen. Die selbst für Neonazi-Verhältnisse hohe Gewaltbereitschaft der AN richtet sich in erster Linie gegen Antifa-AktivistInnen, sonstige politische GegnerInnen und am Rande ihrer Demonstrationen eingesetzte Polizeikräfte. Kleidungsstil, Außendarstellung und Militanzfetisch der AN erschweren nicht nur bei öffentlichen Auftritten ihre Identifizierung, sondern helfen ihnen auch, sich vom der extremen Rechten anhängenden Ruf des Ewiggestrigen zu lösen und erlebnisorientierte Jugendliche zu ködern. Inhaltlich-programmatisch bleiben sie voll und ganz in den Bahnen „nationalsozialistischen“ Denkens verhaftet. So erschöpft sich etwa die im Zentrum der AN-Propaganda stehende Kapitalismuskritik weitgehend in einem aggressiven Antisemitismus, der sich u. a. in der Forderung nach „Brechung der internationalen Zinsknechtschaft“ und der auf das NS-Feindbild des „ewigen Juden“ anspielenden Parole „Kampf dem ewigen Kapitalismus“ manifestiert. Trieben in Gruppenstrukturen eingebundene AN zunächst fast nur in Großstädten ihr Unwesen, sind sie inzwischen auch in der Provinz anzutreffen. Ihre Gesamtzahl dürfte in der BRD bei rund 1.000 liegen, als AN-Hochburgen gelten Berlin und Dortmund. In knapp einem Dutzend weiterer europäischer Staaten kam es ebenfalls zur Formierung entsprechender Neonazi-Zusammenschlüsse. Innerhalb der extremen Rechten stoßen die AN auf zwiespältige Reaktionen. Das Präsidium der NPD z. B. distanzierte sich im August 2007 mittels einer Erklärung, deren Titel „Unsere Fahnen sind schwarz, unsere Blöcke nicht!“ lautete, von Tendenzen, „Optik, Sprache (Anglizismen), Parolen und Inhalte des Gegners“ nachzuahmen. Als daraufhin wesentliche Teile der parteiunabhängigen Neonazi-Szene ihre Solidarität mit den attackierten „Kameraden“ bekundeten, sah sich NPD-Chef Voigt anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung zu einer anbiedernden Grußadresse in Richtung anwesender AN genötigt.

0,5 Prozent blieben und somit nicht in den Genuss staatlicher Parteienfinanzierung kamen. Flügelkämpfe zwischen VertreterInnen eines vergleichsweise gemäßigten Auftretens und BefürworterInnen eines Radikalisierungskurses zehrten zusätzlich an der Substanz der REP, deren Mitgliederzahl bis 2009 auf etwa 6.700 mit stark rückläufiger Tendenz sank.

DVU

Die DVU bemühte sich nach der „Wiedervereinigung" zunächst nicht ernsthaft darum, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR Fuß zu fassen. Bei 1991 und 1992 in Bremen und Schleswig-Holstein abgehaltenen Landtagswahlen hingegen konnte sie jeweils Stimmenanteile von mehr als 6 Prozent für sich verbuchen. Ihre Mitgliederzahl von 26.000 übertraf zu diesem Zeitpunkt die aller extrem rechten Konkurrenzparteien. Der Anteil an „Karteileichen" war jedoch äußerst hoch, an der Schaffung dynamischer, auf Nachhaltigkeit angelegter Organisationsstrukturen zeigte die DVU-Spitze keinerlei Interesse. Die Partei stand und fiel vielmehr mit ihrem Finanzier und Vorsitzenden Gerhard Frey, der von der Münchener Zentrale seines Medienimperiums aus über Wahlantritte und Personalfragen entschied. Zog die DVU in einen Wahlkampf, sollten enorm kostenintensive Propagandakampagnen die fehlende Parteiarbeit vor Ort kompensieren. Nationalistische und fremdenfeindliche Parolen verbreitende Werbeträger wie Plakate und Postwurfsendungen richteten sich gezielt an ProtestwählerInnen. 1998 wandte die DVU ihre Materialschlacht-Methode erstmals innerhalb Ostdeutschlands an und fuhr in Sachsen-Anhalt mit 12,9 Prozent das beste Landtagswahlergebnis einer extrem rechten Partei in der deutschen Nachkriegsgeschichte ein. Wie zuvor bereits in Bremen und Schleswig-Holstein zerfiel die DVU-Fraktion im sachsen-anhaltinischen Parlament aber recht bald auf Grund wachsenden Unmuts über die Bevormundung durch Frey, persönlichen und politischen Zwists sowie eklatanter Inkompetenz. Eine gewisse Kontinuität in ihrer parlamentarischen Tätigkeit, wenngleich diese sich auf geschichtsverfälschende Wortmeldungen und zahlreiche absurd-provokative Anträge beschränkte, wusste die DVU lediglich im Landtag von Brandenburg zu wahren, in dem sie von 1999 an zehn Jahre lang mit fünf bzw. 6 MandatsträgerInnen vertreten war. Dennoch verpasste sie im September 2009 mit nur 1,2 Prozent der Stimmen den erneuten Einzug ins brandenburgische Parlament, während die NPD nach Aufkündigung des „Deutschlandpakts" mehr als doppelt so viele Stimmen auf sich vereinen konnte. Frey hatte schon zu Jahresanfang den Vorsitz der im Sinkflug befindlichen, über nur noch rund 4.500 Mitglieder verfügenden Partei aufgegeben und dieser hiermit ihre Finanzgrundlage entzogen. Seine Nachfolge trat der Bundesorganisationsleiter Matthias Faust (geboren 1971) an, der nach langjähriger Mitgliedschaft in der Christlich Demokratischen Union (CDU) über die REP und die NPD erst 2007 zur DVU gestoßen war. Angesichts der existenziellen Krise der DVU zeigte sich Faust zu einer Fusion mit der NPD bereit. Ende 2010 segneten ein Parteitag der NPD und eine Mitgliederbefragung der DVU die Verschmelzung zu einer Partei namens „NPD – Die Volksunion" ab. Von mehreren DVU-Landesverbänden unter Verweis auf Verfahrensfehler gegen den Zusammenschluss unternommene juristische Schritte entlarvten allerdings die vollmundig angekündigte „Vereinigung der nationalen Kräfte" als hohle Phrase.

Rechtspopulistischer Antiislamismus

Ein relativ neues, grenzübergreifendes Politphänomen bildet das Aufkommen so genannter rechtspopulistischer Organisationen. In zunehmendem Maße und mit teilweise alarmierendem Erfolg setzen diese an der Schnittstelle zwischen Konservatismus und extremer Rechter angesiedelten Gruppierungen auf das Mobilisierungspotenzial islamophober Ressentiments. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) etwa zählte zu den treibenden Kräften einer Initiative, deren aggressiv muslimfeindliche Kampagne 2009 in ein per Volksabstimmung beschlossenes Verbot des Neubaus von Minaretten mündete. In den Niederlanden kam die „Partei für die Freiheit" („Partij voor de Vrijheid" = PVV) mit polemischer Islamkritik als Hauptprogrammpunkt und ihrem vor Vergleichen des Korans mit Hitlers „Mein Kampf" nicht zurückschreckenden Gründer Geert Wilders (geboren 1963) als einzigem Mitglied bei Mitte 2010 durchgeführten Parlamentswahlen auf einen Stimmenanteil von 15,5 Prozent. Innerhalb der BRD zeigt sich insbesondere das „pro"-Netzwerk hartnäckig darum bemüht, das für rechtspopulistisches Gedankengut empfängliche Wählerreservoir auszuschöpfen. Ihren Anfang nahm es in Gestalt der Mitte 1996 aus der extrem rechten „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) hervorgegangenen „Bürgerbewegung pro Köln". In der Namensgebung klingt das Vorhaben der Gruppierung an, sich als Verteidigerin bürgerlicher Interessen gegenüber korrupten „Altparteien" zu inszenieren. Zwar wird eine politische Nähe zur extrem rechten Szene vehement bestritten, doch kaum ein Mitglied des „pro"-Führungspersonals war nicht zuvor in entsprechenden Zusammenhängen aktiv. Zu den Kernforderungen der selbsternannten Bürgerbewegung zählt der Ruf nach

jt: *Und speziell im letzten Monat?*

tx: Es gab ja am 31. Juli einen Sternmarsch auf Madrid zu mit Vollversammlungen in den Dörfern auf dem Weg, wo die Bewegung viel Unterstützung erfahren hat. Ziel war es, Eindrücke, Ideen und Impulse aus dem Land mitzunehmen. In Madrid versammelten sich dann ca. 35.000 Menschen. Bei einer der Aktionen entkleideten sich sehr viele Menschen vor dem Banco de España mit dem Spruch „Die Politik lässt uns nackt da stehen". Da es Sonntag war, wurden die Geschäfte aufgefordert zu schließen. Anschließend ging es zum Kongress, im Versuch, da reinzukommen, was allerdings von der Polizei mit Absperrungen verhindert wurde.

Die Leute strömten zum Plaza del Sol, auf dem sie wieder mehrere Tage bleiben sollten. Es gab während der Zeit viele Versammlungen, auf denen das weitere Vorgehen sowie weitere Aktionen besprochen wurden. Darunter war bspw. die Verhinderung von Wohnungsräumungen, die aufgrund verspäteter Mietzahlungen erfolgen sollten. Am 3. August räumte die Polizei schließlich den Platz – und zwar mit großer Brutalität. Es gab ca. 30 Festnahmen und 4 Verletzte.

Am 5. August kam es in Bilbao zu einer Soli-Demo. Der unangemeldete Demozug mit mehreren Dutzend Personen zog durch die ganze Stadt, selbst vor das Guggenheim-Museum, wo sich zahlreiche Tourist_innen anschlossen, die wiederum dabei halfen, den Umstehenden in weiteren Sprachen die Situation zu erklären.

jt: *Haben die kommenden Wahlen einen Einfluss auf die Entwicklung der 15M?*

tx: Es gibt bei den Versammlungen auf den Plätzen immer wieder die Leute, die vorschlagen, dass die Bewegung eine Partei gründen möge, oder – etwas schwammiger formuliert – dass eine Wahlplattform für die kommenden Parlamentswahlen in Spanien [am 20. November 2011] aufgestellt werden solle – die Bewegung könne dann groß abräumen. Doch solche Vorschläge werden regelmäßig abgelehnt. Aufgrund grundsätzlicher Bedenken gegen diese Demokratieform, aber auch, weil es ein großer Trugschluss ist anzunehmen, dass eine Bewegung, die gerade wegen ihrer Ablehnung der Parteienherrschaft als Partei irgendeinen Erfolg haben könnte.

jt: *Wie siehst du die Entwicklung der nächsten Monate?*

tx: Die Bewegung müsste stärker wachsen. Allerdings besteht hier schon die Gefahr, dass es ihr ähnlich ergeht wie der CNT in Post-Franco-Zeit, wo große Kampagnen gegen sie gefahren wurden. Bereits jetzt wandelt sich das Bild bzw. es wird versucht, die „Indignad@s" als Unangepasste und Queru-

lant_innen hinzustellen. Dabei vertreten die „Indignad@s“ die Ansicht, dass sich die Gesellschaft an die Menschen anpassen sollte und nicht umgekehrt.

Die Bewegung hat eine Zukunft: Obwohl nicht viel Geld vorhanden ist, macht sie das durch eine überbordende Kreativität und vielen Ideen wett, das ist auf jeden Fall ein essentielles Element. In Madrid habe ich auch 80- und 90-Jährige erlebt, die auf Vollversammlungen das Wort ergriffen haben und meinten, dass die das beste sei, was Spanien überhaupt je passiert ist – und das motiviert natürlich ungemein.

jt: *Was gibt es denn so an konkreten Ansatzpunkten, die aus der Bewegung kommen?*

tx: Da gilt es zu bedenken, dass die Zusammensetzung der 15M sehr divers ist. Es gibt Leute, die wählen gehen, und welche, die nicht wählen gehen. Viele wollen die Politik auch nicht komplett abschaffen, sondern die Art und Weise, wie sie funktioniert, und insbesondere erreichen, dass sie sich nach der Bevölkerung richtet. Dazu wird gerade in der Bewegung ein Alternativprojekt propagiert, eine Gesetzesinitiative aus der Bevölkerung (ILP, Iniciativa Legislativa Popular), mit der erreicht werden soll, dass alle Entscheidungen direkt von der Bevölkerung getroffen werden: Entscheidungen über Beteiligung an Kriegen, über die Steuern, Arbeitsgesetze usw. Dafür sollen entsprechende Referenden abgehalten werden, die bindend sein sollen. Dafür wird gerade gekämpft. Allerdings wird der Staat das bestimmt nicht einfach so zulassen.

Deshalb wird es notwendig sein, weiter zu kämpfen. Das libertäre Element in der Bewegung ist sehr stark und gewinnt an Kraft – und jetzt organisieren sich auch viele Leute dort im libertären Sinne: ohne Chefs, mit offenen Versammlungen. Eine der wichtigsten Losungen der 15M ist: „Wir wollen alles – und zwar sofort!“

jt: *Vielen Dank für das Interview.* ■

Die Entwicklung der extrem rechten Parteienlandschaft nach 1990

NPD

Der in ihrer Entwicklung seit Ende der 1960er Jahre stagnierenden NPD verlieh die „Wiedervereinigung“ zunächst keinen Rückenwind. Für Abhilfe sollte eine verstärkte Hinwendung zu neonazistischen Positionen sorgen. Dieser Radikalisierungsprozess wurde unter dem von 1991 bis 1995 andauernden Vorsitz des notorischen Holocaust-Leugners Günter Deckert (geboren 1940) eingeleitet und durch dessen Nachfolger Udo Voigt (geboren 1952) im Zuge einer thematischen Neuausrichtung forciert. Unter Voigts Führung rückten neben oftmals auf zynisch-provokative Weise artikulierten rassistischen Positionen soziale Inhalte in den Mittelpunkt der NPD-Propagandatätigkeit. Die entsprechenden Verlautbarungen erschöpf(t)en sich allerdings in einer schablonenhaften, stark antisemitisch gefärbten Kapitalismuskritik mit unverkennbaren Bezügen zu „nationalsozialistischen“ Wirtschaftsvorstellungen. Zur Popularisierung der aufgewärmten Nazi-Programmatik ersann eine „Strategiekommission“ in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein Dreisäulenkonzept, bestehend aus den Elementen „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Parlamente“ und „Kampf um die Köpfe“. In Übereinstimmung mit diesem Modell kombinierte die Partei fortan ihre Bemühungen um Wahlerfolge vermehrt mit öffentlichen Kundgebungen und Aufmärschen sowie einer die Vereinnahmung NPD-ferner Veranstaltungen und Initiativen bezweckenden „Wortergreifungsstrategie“. Nach der Jahrtausendwende wurde in der für faschistische Organisationen typischen kriegerisch-schwülstigen Rhetorik eine vierte Säule hinzugefügt: der „Kampf um den organisierten Willen“. Hierbei handelt es sich um die Umschreibung des Projekts einer alle „nationalen Kräfte“ einbeziehenden „Volksfront von rechts“, als deren „Speerspitze“ sich die NPD selbst versteht. Die inhaltliche wie strategische Neujustierung bescherte der Partei zwar zunächst nicht die erhofften Wahlerfolge, verhalf ihr aber immerhin zwischen 1996 und 2001 zu einem Anstieg der Mitgliederzahl von etwa 3.500 auf rund 6.500. Ein auf Antrag von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gegen sie eingeleitetes Verbotsverfahren wurde 2003 seitens des Bundesverfassungsgerichts eingestellt, da eine Sperrminorität der mit dem Fall befassten RichterInnen die Durchsetzung der NPD mit staatlichen Spitzeln monierte. Zwei Jahre später begann sich für die neonazistische Partei auszuzahlen, dass sie über einen längeren Zeitraum hinweg ihre kommunalpolitischen Aktivitäten auf Ostdeutschland konzentriert und sich den dortigen Subkulturen und militanten Zirkeln der extremen Rechten angenähert hatte. So erzielte die NPD 2005 bei den sächsischen Landtagswahlen ein Ergebnis von 9,2 Prozent. Im Jahr darauf gelang ihr mit einem in Mecklenburg-Vorpommern erzielten Resultat von 7,3 Prozent der Einzug in einen weiteren ostdeutschen Landtag, den sie 2011 bestätigte. Ihre Spitzenwerte erreichte die NPD jeweils bei männlichen Erst- und Jungwählern sowie Arbeitslosen. Diese Wahlerfolge ließen sie endgültig zur maßgeblichen extrem rechten Partei der BRD aufsteigen, wobei ihr diese Führungsrolle auch wegen des inzwischen eingetretenen Niedergangs der Konkurrenz im eigenen politischen Lager zufiel.

REP

Obwohl die Erlangung der deutschen Einheit stets zu ihren Kernanliegen gehört hatte, schnitten die REP bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990 mit 2,1 Prozent recht bescheiden ab. Umso größeres Aufsehen erregten die von ihnen bei den baden-württembergischen Landtagswahlen 1992 erzielten 10,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die 1993 über rund 23.000 Mitglieder verfügenden REP schienen auf dem besten Weg, sich innerhalb des bundesdeutschen Parteienspektrums zu etablieren. Bereits das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei den Europawahlen 1994 leitete jedoch ihren Absturz ein. Als ihnen auf Grund nicht fristgerechter Antragstellung auch noch staatliche Beihilfen in Millionenhöhe verlorengingen, eskalierten schon längere Zeit gärende interne Spannungen. Parteichef Schönhuber sah in einem Arrangement mit der extrem rechten Konkurrenz einen Ausweg aus der Krise und nahm Verhandlungen mit dem DVU-Vorsitzenden Frey auf. Daraufhin erfolgte seine Entmachtung, an der Parteispitze löste ihn Ende 1994 der Jurist Rolf Schlierer (geboren 1955) ab. Die REP zeigten sich fortan deutlicher um eine Abgrenzung zum Neonazismus bemüht, um sich bürgerlichen Schichten glaubhafter als konservative Wahlalternative präsentieren zu können. Entsprechend verweigerten sie sich einem 2004 zwischen NPD und DVU geschlossenen „Deutschlandpakt“, der konkurrierende Wahlantritte der beteiligten Parteien verhindern sollte. Nachdem 1996 noch der Wiedereinzug in den Landtag von Baden-Württemberg gelungen war, scheiterten die REP nichtsdestotrotz bei sämtlichen Landtags- und Bundestagswahlen an der Fünf-Prozent-Hürde. Einen historischen Tiefpunkt erreichten sie bei den Wahlen zum Bundestag 2009, als sie sogar unter

nalwahlen. Erstmals machten nämlich AnhängerInnen der DDR-Bürgerrechtsbewegung nahezu flächendeckend von ihrem Recht auf Überprüfung der Wahlauszählung Gebrauch. Die hierbei aufgedeckten Fälschungen nahmen sie zum Anlass für regelmäßige Protestkundgebungen. Gingen die „Sicherheitsorgane“ anfangs noch mit Gewalt gegen die Protestierenden vor, hielten sie sich mit wachsender Beteiligung immer mehr zurück. Zusätzlich unter Druck geriet die DDR-Regierung vor dem Hintergrund einer durch Schlupflöcher an den Ost-West-Grenzen ermöglichten Massenabwanderung. So diente die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im September 1989 als Auftakt einer Fluchtwelle von DDR-BürgerInnen, die in Verbindung mit den regimekritischen Protestkundgebungen den SED-Herrschaftsapparat in seinen Grundfesten erschütterte. Der verzweifelte Versuch der übrigen SED-Führung, durch den Sturz des ZK-Generalsekretärs Erich Honecker (1912-1994) die Machtposition der Staatspartei zu retten, war allein schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sein Nachfolger Egon Krenz (geboren 1937) sich spätestens als Wahlleiter der manipulierten Kommunalwahlen moralisch endgültig diskreditiert hatte. Zudem verfügte Krenz über kein tragfähiges Reformkonzept. Stattdessen mündeten seine unkoordinierten Bemühungen, die allgemeine Lage durch Verabschiedung eines neuen Reisegesetzes zu beruhigen, in derart chaotische Zustände, dass die Berliner Mauer buchstäblich über Nacht fiel. Die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze beschleunigte den Machtzerfall der SED, deren Führungsanspruch bereits Anfang Dezember 1989 aus der DDR-Verfassung getilgt wurde, rapide. Gleichzeitig büßten die BürgerrechtlerInnen, die eine fundamentale gesellschaftliche Umgestaltung anstrebten, an der staatlichen Unabhängigkeit der DDR aber festgehalten wissen wollten, ihre Rolle als Motor der Protestbewegung ein, in deren Reihen die Forderung nach einer raschen „Wiedervereinigung“ zu dominieren begann. Die Tendenz hin zu einer gesamtdeutschen Entwicklung wurde verstärkt durch die desolate Lage der ostdeutschen Wirtschaft und Staatsfinanzen. Die Bundesregierung erklärte sich bereit, für eine diesbezügliche Stabilisierung Sorge zu tragen, machte aber die Übernahme der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung durch die DDR zur Bedingung. So kam es zum Abschluss einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten, die den DDR-Beitritt zur BRD einen entscheidenden Schritt voranbrachte. Weitere zentrale Stationen dieses Prozesses waren die mit einem Sieg der konservativen Kräfte endenden Volkskammerwahlen im März 1990 sowie die Unterzeichnung des Einigungsvertrages im Spätsommer desselben Jahres. Auf internationaler Ebene bedurfte die „Wiedervereinigung“ auf Grund entsprechender alliierter Vorbehalte der Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die heikelste Aufgabe der Bundesregierung in den zur Lösung der Deutschen Frage anberaumten „Zwei-plus-Vier“-Gesprächen bestand darin, das Einverständnis der Sowjetführung mit dem Verbleib des gesamtdeutschen Staates im westlichen Militärbündnis „Nordatlantikpakt-Organisation“ („North Atlantic Treaty Organization“ = NATO) zu erwirken, was ihr nicht zuletzt durch die Vermittlung hoher Kredite westdeutscher Banken gelang. Nach Beseitigung dieses Hindernisses war endgültig der Weg zur „Wiedervereinigung“ frei, die am 3. Oktober 1990 in Kraft trat.

Eskalation extrem rechter Gewalt

Nach dem Mauerfall leisteten militante BRD-Neonazis ihren ostdeutschen „Kameraden“ intensive Unterstützung beim Aufbau extrem rechter Netzwerkstrukturen. Die gesamtdeutsche Neonazi-Szene entwickelte ein massives Gewaltpotenzial, das sich u. a. in den rassistischen Pogromen von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) sowie den insgesamt acht Todesopfer fordernden Brandanschlägen auf von türkischstämmigen Familien bewohnte Häuser in Mölln (1992) und Solingen (1993) entlud. Eingebettet waren die neonazistischen Übergriffe in eine mediale Hetzkampagne gegen AsylbewerberInnen, die den Boden dafür bereitete, dass im Zuge einer Grundgesetzänderung 1993 seitens der konservativ-liberalen Bundesregierung gemeinsam mit der SPD der so genannte Asylkompromiss durchgesetzt wurde. Flüchtlinge, die über ein „sicheres“ Drittland in die BRD einreisen, müssen seitdem dort Asyl beantragen („Drittstaatenregelung“). Erst nach Aushebelung des Asylrechtes, einer der zentralen Lehren aus der NS-Zeit, verbot die Bundesregierung eine Reihe als besonders gefährlich eingestufter Gruppierungen der extremen Rechten, z. B. 1995 die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP). Als Reaktion auf den Anstieg des staatlichen Repressionsdrucks verfolgte die Neonazi-Szene eine Doppelstrategie. So organisierte sich ein Teil ihrer AktivistInnen im Rahmen „Freier Kameradschaften“, die zwar untereinander Kontakt pflegten, sich ansonsten aber gegenüber Außenstehenden weitgehend abschotteten. Eine wachsende Anzahl an Neonazis suchte parallel den Schulterschluss mit der NPD, die sich hierfür in Anbetracht ihres langjährigen Nischendaseins durchaus offen zeigte.

Anarchie organisieren!
Zu allgemeinen Problemen der anarchistischen Bewegung im deutschsprachigen Raum.

Von w.m. / anarchia dresden

Dieser Text ist der Versuch verschiedene Probleme aktueller, anarchistischer Politik zu analysieren und Lösungsansätze zu skizzieren. Der Schwerpunkt liegt hier vor allem auf selbstverursachten Missständen, bzw. der eigenen Handlungsweise und weniger auf den generellen, gesellschaftlichen Umständen (diese werden m.M.n. in genug anderen Artikel hinreichend behandelt). Die meisten Themen werde ich nur kurz umreißen, da es sich hier eher um einen groben Einstieg in die Diskussion um eine regionale, wie überregionale Entwicklung der libertären Strömung handelt. Die einzelnen Aspekte würde ich dann gerne mit interessierten Menschen weiterentwickeln.

Das kleiner werdende Ghetto

Die Entwicklungen der libertären und autonomen Bewegungen auf dem Gebiet der BRD sind in den letzten Jahren von Defensivverhalten, Stagnation und Strukturverlusten gekennzeichnet. Jedes Jahr verliert die geschwächte Szene Häuser, Gruppen und weitere Infrastruktur. Im Gegenzug haben Umstände wie enorme Repressionswellen und die tiefgreifenden soziologischen Folgen eines sich beschleunigenden Kapitalismus, gepaart mit einer staatlichen Propaganda vom Ende der Geschichte dazu geführt, dass utopistische und kämpferische Strömungen immer weniger attraktiv für die durchschnittliche Bevölkerung wurden. Dazu kam, dass sich viele politische Menschen immer weiter in eine Szeneidentität und die dazu gehörigen Spaltereien verrannten und somit immer weniger Anbindung zur Realität von Menschen außerhalb der Szene (oder jenen mit anderem Stand der Diskussion) erhielten. Horst Stowasser spricht hier vom so genannten Szene-“Ghetto“*. Mensch labelt sich, grenzt sich mit Alltag, Kleidung und Lebensstil ab, das ist erstmal nicht verkehrt, führt aber in nicht wenigen Fällen zu einem Schweigen und in letzter Konsequenz eben zu Unverständnis und gegenseitiger Hetze (was sich z.B. bei vielen antifaschistischen Protesten zeigt).

Autonomen Gruppen gelingt es hier zu Lande immer seltener soviel politischen Druck aufzubauen um politische Forderungen offensiv durchsetzen zu können. Zu leicht fällt es Medien und Parteien die fordernde Gruppe als weltfremde Spinner oder gewaltgeile Chaoten abzustempeln und sie damit ins Leere laufen zu lassen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der zur derzeitigen Strukturschwäche geführt hat (und der sich in Dresden sehr gut nachvollziehen lässt) ist das intolerante und zu arrogante Handeln vieler Antifa-Gruppen gegenüber verschiedener Subkulturen, aus denen heute Nachwuchs für die politische Arbeit kommen müsste. So sank die Solidarität z.B. in der Gothic und Punk-Szene mit autonomen Gruppen durch deren selbstherrliches und unvermittelt militantes Auftreten, bei dem oft weder vorher noch nachher kommuniziert wird, gegen das Tragen von wirklich oder vermeintlich rechten Symbolen (so gab es z.B. Übergriffe nur wegen unpolitischen Anspielungen auf Götter/Göttinnen wie Odin und Freyr) sowie das Hören (z.T. nur angeblich) rechter Bands fast auf den Nullpunkt.. Dadurch leisten nicht nur weniger Menschen direkt Widerstand, vor allem die Gothic-Szene wird auch schneller von rechter Seite beeinflusst und dient so modernen Nazis immer öfter als Rekrutierungspotential.

Aus diesen und anderen Gründen ergibt sich der heutige Ist-Zustand in den Bewegungen im Raum der BRD. In den meisten Städten wird sich darum bemüht die Strukturen am Leben zu erhalten, vielleicht aller einem Monat eine Aktion auf die Reihe zu bekommen und sich an anderen Kampagnen zu beteiligen. In den Kleinstädten und Dörfern geht es vor allem in Sachsen oftmals nur noch um die reine Sicherheit des Lebens. In diesem Zusammenhang wird oft treffender Weise von

Feuerwehrpolitik gesprochen und im Moment fehlen in den meisten Fällen sowohl Leute als auch Zeit um auch nur einen Teil der Brände wirksam bekämpfen zu können.

Durch die Kurzlebigkeit von Initiativen und Kampagnen kommt es dann auch, dass die wenigsten Kämpfe außerhalb des Szene-Gettos überhaupt wahrgenommen werden. Dafür bräuchte mensch eine gewisse Kontinuität und Kompetenz, die so nicht erreichbar ist, für die es zum Teil Jahre braucht.

Label Anarchie

Im Angesicht einer Wirtschaftskrise die sich in einem Maß auszuweiten scheint (auch wenn die Medien sie gerade ausblenden), das bis jetzt nicht vorhersehbar ist, angesichts härterer Lebensbedingungen, auch in den westlichen Ländern und einer globalen Politik die mehr und mehr an Eskalationspotential gewinnt scheint es allerdings nötiger als in den letzten 20 Jahren aktive Gegenstrukturen vorzuweisen und Alternativmodelle vermitteln zu können, sei es um den stärker werdenden Faschist_innen Europas etwas entgegen halten zu können oder sei es um der westlichen Gesellschaft deutlich zu machen, dass der heutige Kapitalismus nicht das bestmögliche und nicht das Ende der Geschichte ist.

Eine Frage die sich im Zusammenhang mit herrschaftskritischer Politik immer wieder stellt, ist die unter welchem Namen die so nötige Aufbauarbeit in Sachen Struktur und Jugendarbeit in Angriff genommen werden sollte und ob anarchistische Kooperationen/ Föderationen eine Antwort sein könnten. Einige argumentierten, dass ein weiteres, in diesem Fall anarchistisches, "Label" die Spaltung in der Szene noch verstärken könnte. Dem kann ich nur entgegenhalten, dass eine Benennung von politischen Sichtweisen und damit die bewusste Abgrenzung zu anderen Ansichten und Strömungen nicht gleich etwas Spaltendes impliziert. Im Wesentlichen geht es hier um Klarheit und nicht um Entzweiung. Das Problem liegt weniger in einer Klarstellung eines ungefähren politischen Konsenses den mensch mit anderen teilt sondern in der Gegenseitigen Toleranz, die eine "Linke" leider zu großen Teilen verlernt hat. Das Problem liegt also nicht darin sich als Menschen mit ähnlichen Ansichten und ähnlichen Utopien zusammen zu finden und diesem Bindeglied dann einen Namen zu geben, sondern in der Intoleranz gegenüber anderen Einstellungen die in der "Linken" leider mindestens genauso vertreten ist wie in konservativen Strömungen. Ein zweiter Kritikpunkt der oft an der Bezeichnung von Gruppen und Projekten als anarchistisch angebracht wird und wurde, ist der, dass viele Mensch keine Lust haben sich selbst in eine Schublade stecken zu lassen, sie bezeichnen sich nicht gerne als etwas anderes als sich selbst. Alles andere stellt für sie einen Angriff auf ihre Individualität dar. Daraus folgt, dass ein Projekt, das sich als anarchistisch bezeichnet, Menschen ausschließen kann, die sich nicht ebenso labeln wollen. Mir stellt sich hier jedoch die Frage, inwieweit die nachvollziehbare Grundintension dieser Menschen hier nicht zu einem bloßen Dogma verkommt, zum Lifestyleobjekt welches die eigene Individualität vor allem nach außen betonen soll. In einer Gesellschaft mit tausenden Utopien, politischen Richtungen und Lebensentwürfen, wird mensch um Namen seltenst herumkommen, will mensch die Verhältnisse ändern.

Schlussendlich drängt sich noch eine weitere Vermutung auf; anders als in Ländern wie Spanien, in denen die Ideen der Anarchie schon einmal breite Teile der Bevölkerung erfassen konnten, wird der Anarchismus in Deutschland von einem großen Teil der Gesellschaft nicht als ernsthafte politische Philosophie wahrgenommen. Das Wissen der meisten Menschen geht hier nicht wirklich über die Klischees von Mord und Totschlag hinaus. Trauriger Weise drängt sich auch in vielen AZs der Eindruck auf, dass die anarchistische Strömung für viele nicht mehr ist, als tote Bilder, Sagen von 1936 usw.

Für die Benutzung des Adjektivs "anarchistisch" spricht allerdings immer noch vieles: Mit diesem Wort verbinden sich über 150 Jahre Geschichte, mit allen Höhen und Tiefen. Wir können an ihr nachvollziehen woher die libertäre Bewegung kam, wie sie sich entwickelt hat und wohin sie vielleicht gehen könnte. Mehr noch, mit dem Wort Anarchie – frei von Herrschaft – verbinden immer noch tausende auf der Welt ihre Hoffnungen, ihre Motivation sich weiterhin menschenverachtenden Systemen in den Weg zu stellen und die Freuden ihres Alltags. Wenn ich auch sicher nicht mit jedem und jeder gleichgesetzt werden möchte, der/die ihr politisches Weltbild ebenfalls als anarchistisch betrachtet, so finde ich doch im Zeichen des umkreisten As schneller Verbündete und Menschen mit denen ich kooperieren will als anderswo.

Schlussendlich ist Anarchismus mehr als ein Label, sondern ein Überbegriff für verschiedene Gesellschaftsentwürfe und Wege wie mensch zu diesen gelangen könnte. Vor allem drückt dieses Wort aus, was vermieden werden soll, nämlich neue Herrschaft. Es macht für mich durchaus Sinn Projekte als anarchistisch zu kennzeichnen, da ich zum einen der Meinung bin, dass viele andere Richtungen revolutionärer Taktiken nur Scheitern oder zu neuen, menschenfeindlichen Verhältnissen

einstiger NS-Mitglieder Mitte der 1950er Jahre je nach Bezirk zwischen 15 und 50 Prozent. Die trotz des vielbeschworenen Internationalismus staatlicherseits betriebene Pflege eines gewissen Nationalbewusstseins dürfte ihre Integration erleichtert haben. Begrifflich fand diese Tendenz etwa Ausdruck in der parallel zur Gründung der DDR gebildeten „Nationalen Front des demokratischen Deutschlands", der neben der SED und den übrigen Parteien alle ostdeutschen Massenorganisationen, darunter der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB) und die „Freie Deutsche Jugend" (FDJ), angehörten. Zweck der „Nationalen Front" war die Zementierung der SED-Herrschaft, wurden doch in ihrem Rahmen vor Wahlen Einheitslisten erstellt, wobei den Mitgliedsorganisationen jeweils ein bestimmter Prozentsatz der zu vergebenden Mandate zustand. Zu wählen bedeutete in der DDR, diese „Wahlvorschläge" im Block zu bejahen oder zu verneinen. Ungeachtet des verfassungsrechtlich garantierten Wahlgeheimnisses war eine offene Stimmabgabe, im Volksmund „Zettelfalten" genannt, da ein bloßer Einwurf des Stimmzettels in die Urne als Ja-Stimme galt, erwünscht. Das Wahlverfahren per Einheitsliste stellte sicher, dass die SED in allen Parlamenten von den Gemeindevertretungen bis zur Volkskammer, dem laut Verfassung „oberste(n) staatliche(n) Machtorgan", über die Mehrheit der Abgeordneten verfügte. Ohnehin aber trugen die so genannten Blockparteien gewöhnlich den Kurs der Staatspartei mit.

Aufkommen einer ostdeutschen Neonazi-Szene

Während der 1980er Jahre entdeckten DDR-Jugendliche verstärkt für sich subkulturelle Strömungen westlicher Herkunft, die sich für das Ausleben einer systemkritischen Grundhaltung eigneten. Nachdem zunächst mit dem Punk eine eher linke Jugendbewegung importiert worden war, begann auch eine wachsende Anzahl an Skinheads und Hooligans, die den Kern einer ostdeutschen Neonazi-Szene bildeten, in die Öffentlichkeit zu drängen. Da extrem rechte Aktivitäten dem Selbstverständnis der DDR als einem Hort des Antifaschismus zuwiderliefen, versuchte die Staatsgewalt sie anfangs totzuschweigen. Dauerhaft ließen sich allerdings die vermehrten rassistischen Übergriffe, Attacken auf linksalternative Heranwachsende und Verwüstungen jüdischer Friedhöfe nicht verheimlichen. Besonders große Aufmerksamkeit erregte ein Überfall, den am 17. Oktober 1987 zirka 30 Ost- und Westberliner Neonazis auf die BesucherInnen eines in der Zionskirche abgehaltenen Rockkonzerts verübten. Als sich das Neonazi-Problem in der Endphase der DDR nicht mehr verleugnen ließ, begegneten die „Sicherheitsbehörden" ihm in Form verschärften Repressionsdrucks und einer Strategie der Verbannung aus dem öffentlichen Raum, ohne auf diese Weise zu seinen gesellschaftlichen Wurzeln vordringen zu können.

Mauerfall und „Wiedervereinigung"

Als ein historischer Wendepunkt in den internationalen Ost-West-Beziehungen mit weitreichenden Folgen für die deutsche Geschichte erwies sich der Aufstieg Michail Gorbatschows (geboren 1931) zum Generalsekretär der sowjetischen Staatspartei KPdSU im März 1985. Der für Ostblock-Verhältnisse vergleichsweise junge Parteichef sandte nämlich nicht nur deutliche Entspannungssignale in Richtung der westlichen Staatenallianz, sondern zeigte sich auch zu tiefgreifenden inneren Reformen entschlossen. Kaum war er zum mächtigsten Politiker des sozialistischen Lagers avanciert, bekundete Gorbatschow sein Interesse an einer Wiederaufnahme der Ende 1983 unterbrochenen Rüstungskontrollverhandlungen. Parallel zum außenpolitischen Entspannungskurs stieß er einen Wandel der innersowjetischen Verhältnisse an, dessen Leitbegriffe „Glasnost" („Offenheit") und „Perestroika" („Umgestaltung") lauteten. Seine Reformbestrebungen zielten darauf ab, das Gesellschaftssystem der UdSSR in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht durch Stärkung der Eigeninitiative und die Einleitung eines umfassenden Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesses aus seiner Erstarrung zu befreien und auf diese Weise vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Gorbatschows Bemühen um einen zeitgemäßeren, an den Bedürfnissen der sowjetischen Bevölkerung ausgerichteten Sozialismus ermunterte polnische und ungarische ReformkommunistInnen, in ihren Ländern ebenfalls gesellschaftliche Umgestaltungsmaßnahmen zu ergreifen. Seitens der ostdeutschen MachthaberInnen hingegen wurden entsprechende Initiativen als Gefahr für ihre Herrschaft angesehen und kategorisch abgelehnt. Anstatt ernsthaft eigene Reformschritte zu erwägen, konzentrierte sich daher die SED-Spitze darauf, die DDR vor entsprechenden Impulsen aus den „Bruderstaaten" abzuschotten. So unterband sie etwa im Herbst 1988 die Auslieferung der reformorientierten sowjetischen Zeitschrift „Sputnik". Ihre hilflosen Versuche, das Rad der Zeit zurückzudrehen, isolierten die DDR-Führung jedoch nicht nur zunehmend innerhalb des sozialistischen Lagers, sondern ließen ihren Rückhalt bei der ostdeutschen Bevölkerung, die Gorbatschow mehrheitlich große Sympathien entgegenbrachte, nur noch schneller schwinden. Beschleunigt wurde diese Entwicklung im Zuge der Mitte 1989 abgehaltenen Kommu-

Einbindung NS-konformer Kreise in die staatssozialistischen Herrschaftsstrukturen

Ein Schlüsselereignis der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte stellte der im April 1946 auf massiven Druck der sowjetischen Militärverwaltung und gegen den Willen zahlreicher SozialdemokratInnen vollzogene Zusammenschluss von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) dar. Anlässlich einer Parteikonferenz definierte sich die SED Anfang 1949 als „Partei neuen Typs“ und erhob nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) den „demokratischen Zentralismus“ zu ihrem Organisationsprinzip. In der Praxis lief diese Entwicklung auf eine strikte Hierarchisierung und die Unterbindung demokratischer Entscheidungsprozesse hinaus. So hatte jede Parteiebene den Anweisungen der nächsthöheren unbedingte Folge zu leisten, durch das Zentralkomitee (ZK) bzw. dessen Politisches Büro (Politbüro) mit dem ZK-Generalsekretär an der Spitze gefällte Beschlüsse wurden über die Bezirks- und Kreisparteigremien zu den primär aus Betriebs- und Wohngebietsgruppen bestehenden „Grundorganisationen“ weitergeleitet. Den Eindruck einer demokratischen Meinungsvielfalt in der Ostzone versuchte die SMAD zu erwecken, indem sie Mitte 1945 die Gründung zweier dem bürgerlichen Lager zugeordneter Parteien, und zwar der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) sowie der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD), erlaubte. Zusammen mit KPD und SPD bzw. der SED wurden jedoch CDU und LDPD zum „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zusammengefasst, in dem die kommunistischen Kräfte die Richtung vorgaben. Um möglichst viele Angehörige der marxistisch-leninistischen Lehre mit Skepsis begegnender Bevölkerungsschichten in die gesellschaftliche Neuordnung einzubinden, kam es im Frühjahr 1948 auf Geheiß der Sowjetführung zur Bildung zweier weiterer Parteien, namentlich der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD). Letztere schreckte in ihrem Werben um ehemalige NSDAP-AnhängerInnen nicht vor nationalistischen Losungen zurück, wie die im Parteiprogramm von 1951 erhobene Forderung „Deutschland den Deutschen!“ zeigt. Aber auch die SED selbst blieb keineswegs DDR-BürgerInnen mit braunen Flecken verschlossen. Auf Spitzenpositionen rückten zwar in der Regel nur FunktionärInnen mit antifaschistischer Vergangenheit vor, an der Basis hingegen betrug der Anteil

führen können. Zum anderen bringe ich aber mit einer bewussten Labelung auch die Ideen von Anarchie wieder ins Gespräch, wenn meine Mitmenschen erstmal merken, dass ich kein Mord- und Totschlagtyp bin.

Mut zur Taktik

Was der geschwächten Bewegung darüber hinaus oft fehlt ist ein taktisches Verständnis. Wenn taktisch agiert wird, dann meist nur bezogen auf ein konkretes Ereignis oder eine Veranstaltung. Dabei könnte Mensch noch einiges an Potential ausschöpfen wenn mehr Wert auf Informationsauswertung, Analyse und übergreifendes Handeln gelegt werden würde.

Der gefährlichste Feind einer emanzipatorischen Bewegung ist immer noch der Staatsapparat und dessen Organe. Die Regierung und die Nutznießer eines Staates, egal ob dieser feudalistisch, kapitalistisch oder realsozialistisch aufgebaut ist, haben kein Interesse an einer freiheitlichen, gleichberechtigten Gesellschaft oder Entwicklungen die die vorhandenen Machtverhältnisse ins wanken bringen. Das feindliche System verfügt dabei über Ressourcen, Taktik, Propaganda und nicht zu letzt das Gewaltmonopol.

Aufgrund dieser Übermacht, muss die eigene Struktur bestmöglichst genutzt und Aktionen auch überregional aufeinander abgestimmt werden um weiterhin politischen Druck erzeugen und eine Dynamik entwickeln zu können. Da dies dezentral geschehen muss um Hierarchien zu vermeiden und möglichst schwer angreifbar zu sein, sollten Gruppen sich mehr noch als jetzt Fragen stellen wie:

Welche Ressourcen bestehen regional und überregional? Müssen wir etwas neu erkämpfen, anschaffen, gründen oder besteht das benötigte bereits? Viel Kraft geht bei Kämpfen verloren die eigentlich nicht zwingend notwendig sind und oft fehlt es Gruppen an Möglichkeiten, weil sie nicht wissen was schon an nutzbarer Struktur besteht. Mit einer Verminderung von Redundanz und einer höheren Auslastung von vorhandenem kann Zeit und Arbeit gespart werden. Außerdem besteht die Gefahr, dass unter Umständen mehr Häuser, Projekte usw. entstehen als gebraucht und betreut werden können und so gleich wieder verloren gehen. Daher ist der Gewinn an personeller Stärke zum Teil nötiger als Strukturarbeit oder muss zumindest mit dieser einhergehen.

Weitere Fragen könnten sein: Welche Kämpfe die anderswo geführt werden stehen grad zu unseren in Verbindung? Wo kann mensch evtl. Anschluss finden und die Komplexität von Herrschafts- und Wirtschaftsmechanismen aufzeigen? Wie können wir vielleicht durch überregionale Zusammenarbeit mehr Kraft und ein anderes Bewusstsein entwickeln? Wie wirken sich die neusten Entwicklungen innerhalb und außerhalb der Szene auf den Charakter unserer nächsten Aktionen und die Wahl unserer Mittel aus.

Und nicht zuletzt: Welches Bild herrscht von einer autonomen Bewegung in den Köpfen der Menschen vor die uns umgeben und wie können wir sie ggf. motivieren uns kennen zu lernen und sich ein authentisches, eigenes Bild zu machen.

Reflexion, Vermittelbarkeit und Alltag

Wie das Scheitern verschiedenster Gruppen und Projekte in der Vergangenheit gezeigt hat, reicht es weiterhin nicht, nur einen Kampf gegen äußere Verhältnisse zu führen und dabei innere Missstände oder mangelnde Reflexion außer Acht zu lassen. Im Gegenteil ist es vermutlich eher so, dass inhaltliche Kritik, Diskussion und Weiterentwicklung innerhalb von Communitys und Zusammenhängen mindestens denselben Stellenwert für eine emanzipatorische Politik haben muss.

Quantitative Fortschritte bringen abseits von einzelnen Aktionen nichts, wenn nicht auch eine gewisse Qualität im politischen Diskurs und in der Umsetzung derselben im Alltag erreicht wird. Denn die reine Anzahl von Menschen kann nicht die eigene Selbstständigkeit in der Betreuung von Projekten oder den gewaltfreien Umgang miteinander ersetzen. Da der Anarchismus eine philosophische Strömung ist, die auf den eigenen Willen der Individuen zur Hierarchiefreiheit und Selbstbestimmung setzt, ist es nur mit persönlicher Weiterentwicklung möglich diese auch tatsächlich zu stärken.

Da diese Entwicklung in einem scharfen Widerspruch zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Ansprüchen und Normen steht, braucht es einen sozialen Background der sie unterstützen und befruchten kann.

Es mag leicht sein anarchistische Argumentationslinien zu verteidigen und anderen Menschen diese schmackhaft zu machen. Das bedeutet aber für den Fortschritt hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft nüchtern betrachtet wenig. Die wirkliche Schwierigkeit und der wirkliche Erfolg besteht darin, die selbstgesteckten Ziele und Ideale im Zusammenleben und bei der Arbeit mit anderen Menschen umzusetzen. Doch genau darin liegt vielleicht auch der Schlüssel für das wirkliche Weiterkommen, weil es die Ideen der Anarchie erlebbar und greifbar macht, nicht nur für andere sondern auch für einen ganz persönlich.

Hier könnte dann auch ein Grundstein für die Vermittel-

barkeit der eigenen ethischen und sozialen Vorstellungen gelegt werden; Statt "außenstehenden" Menschen mit abstrakten, theoretischen Ausführungen entgegenzutreten, liefern die alltäglichen Erfolge und Probleme ein authentisches Bild welches nicht auf Überlegungen, sondern auf Erfahrungen gründet. Diese sind lebensnah, erlebbar und leicht nachvollziehbar für jede_n andere_n und bringen die Systemdiskussion damit auf eine völlig zwischenmenschliche Ebene.

Netzwerke, Föderationen, Gegenökonomie

Um utopistischen Lebensentwürfen eine politische und gesellschaftliche Relevanz zu verleihen, genügt weder eine Reaktionspolitik noch die Organisierung in Gruppen mit unklaren politischen Zielsetzungen über das konkrete Themengebiet hinaus. Es ist nötig, den so genannten "Kulturanarchismus" wieder in einen praktischen umzuwandeln und dabei auch die ökonomischen und sozialen Bedürfnisse miteinzubeziehen.

Ein Schlüssel könnte daher die Zusammenschließung von anarchistisch denkenden Menschen in städtischen bzw. regionalen Gruppen sein. Wenn diese Gruppen eine gewisse Größe erreichen, was sich zum Beispiel durch Veranstaltungen und theoretische Kampagnen erreichen lässt, kann über die Bildung von Netzwerken nachgedacht werden.

Diese Netzwerke könnten zunächst politische Arbeitskreise beinhalten, so z.B. einen AK Antifa, einen AK Umwelt und so weiter. Das Netzwerk als solches wäre dann der Verbund von einzelnen politischen Gruppen den ein herrschaftskritischer Grundkonsens eint. Der Vorteil in solchen Netzwerken besteht gegenüber Einzelgruppen darin, dass ein höherer Wiedererkennungswert bei Aktionen und Publikationen besteht. Außerdem signalisiert das gemeinsame Netz einen gewissen Grad an Ernsthaftigkeit und Kontinuität. Durch die Gliederung von politischen Themenschwerpunkten fällt es zudem neuen Mitstreiter_innen leichter sich zu informieren und nach eigenem Wissen und Interesse einzubringen. Schließlich besteht ein struktureller Vorteil, weil sich die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur leichter organisieren lässt.

Wenn sich genug Menschen in einem solchen Netzwerk zusammenfinden, so besteht die Möglichkeit infrastrukturelle Arbeitsgruppen zu bilden und auf diese Weise zum Beispiel eigene Immobilien, Werkstätten, Medien, Fuhrparks, Finanzierungsmöglichkeiten usw. zu schaffen. Wenn sich dies leisten lässt, so wird vermutlich auch der Aufbau einer eigenen, evtl. umsonstökonomischen Produktion vorstellbar. Diese wiederum ist der Schlüssel zu einer ökonomischen Emanzipation, also dem Beginn von völlig legalen aber anarchistischen Warenkreisläufen.

Sollten mehrere, nicht zu weit entfernte Städte und Regionen diesen Organisationsgrad erreichen, so ist ein größerer Zulauf und eine Stärkung der anarchistischen Bewegung im weiteren Umkreis fast sicher, darüber hinaus wäre dies die Grundlage für reale Föderationen deren politische Bedeutung auch im Hinblick sich nicht leugnen ließe.

Hiermit beende ich meinen gedanklichen Ausflug und hoffe auf Anregungen und Kritik.■

Horst Stowasser

Wege aus dem Ghetto –
Die anarchistische Bewegung und das Projekt A

Was ist Faschismus? - Teil 6

Extrem rechte Kontinuitäten und Brüche in Deutschland nach dem Untergang des „Dritten Reiches“

Teil 6.2

Antifaschismus in der DDR sowie Entwicklungen der extremen Rechten im „wiedervereinigten“ Deutschland

Die Verklärung der DDR zum antifaschistischen Musterstaat

In der DDR gehörte der Antifaschismus zum Kern des staatlichen Selbstverständnisses. Die dortige politische Elite verortete sich in der Tradition des Widerstandes gegen die NS-Diktatur, den sie weitgehend auf die Aktivitäten kommunistischer Oppositionskreise reduzierte. Die Nachkriegskarrieren einstiger BürokratInnen und EntscheidungsträgerInnen des „Dritten Reiches“ in Westdeutschland wurden als Belege für faschistische Tendenzen innerhalb der BRD angeführt, wohingegen im eigenen Staat der Faschismus als „mit Stumpf und Stiel“ ausgerottet galt. Auf der Basis dieser Argumentation erklärten die ostdeutschen MachthaberInnen die DDR zum „besseren Deutschland“. Forderungen nach Wiedergutmachungsleistungen zu Gunsten Israels wurden mit dem Hinweis darauf, dass allein die BRD die moralische Verantwortung für die Nazi-Verbrechen trage, abgeblockt. Typisch für die offizielle Beschäftigung mit dem „Dritten Reich“ war in der DDR eine eindimensionale Sicht auf die gesellschaftlichen Hintergründe der NS-Herrschaft. So erschöpften sich entsprechende Erklärungsmodelle weitgehend in der Darstellung des Faschismus als extreme, in Krisensituationen zum Einsatz gelangende Waffe des Finanzkapitals im Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Wesentliche Ideologieelemente des „Nationalsozialismus“, allen voran die als Rechtfertigung für millionenfachen Massenmord herangezogene Rassenlehre, sowie die relativ breite soziale Verankerung des Nazi-Regimes fanden hierbei kaum Beachtung. Diese verkürzte NS-Analyse machte es zahlreichen DDR-BürgerInnen proletarischer oder kleinbürgerlicher Herkunft, die zu den SympathisantInnen, MitläuferInnen oder UnterstützerInnen der NS-Bewegung gezählt hatten, leicht, sich einer kritischen Auseinandersetzung mit etwaigen persönlichen Verstrickungen zu entziehen. Die juristische Aufarbeitung des „Dritten Reiches“ war gerade in der Frühphase der DDR durch Willkür und einen hohen Grad an politischer Instrumentalisierung gekennzeichnet. Internationale Proteste löste insbesondere eine Reihe vom 21. April bis zum 29. Juni 1950 in der sächsischen Kleinstadt Waldheim durchgeführter Verfahren aus. Bei den zirka 3.400 Angeklagten handelte es sich um angebliche NS-TäterInnen, die den DDR-Behörden nach Schließung der von der sowjetischen Geheimpolizei auf ostdeutschem Boden unterhaltenen Internierungslager übergeben worden waren. Auf anwaltlichen Beistand mussten die Beschuldigten, unter denen sich auch eine größere Anzahl früherer SPD- und KPD-Mitglieder befand, in der Regel verzichten, die Anklageschriften bekamen sie erst kurz vor Verhandlungsbeginn zu Gesicht. In inszenierten Schnellprozessen ergingen dutzende Todesurteile, die meisten Angeklagten erhielten langjährige Haftstrafen.

Honorarverträgen und – vor allem – Soloselbstständigen? Hier fehlt bisher etwas, was ich oben als für den Anarchosyndikalismus als unerlässlich beschrieben habe: die Erfahrung. Aber wenn auch der Anarchosyndikalismus hier noch keine fertigen Konzepte liefern kann, so bleibt auch hier der für den Anarchosyndikalismus unabdingbare Aspekt der Organisierung von Bedeutung. Der Anarchosyndikalismus legt höchsten Wert auf die Notwendigkeit einer Organisation, und zwar auch einer disziplinierten Organisation mit selbst auferlegten Regeln. Das mag so manchen modernen Lifestyle-Neoanarchist_innen nicht zusagen, aber die kollektive Struktur ist die Grundlage des anarchosyndikalistischen Veränderungs- und Revolutionskonzepts. Die für den Anarchosyndikalismus so zentrale Wirtschaftsmacht der Arbeiter_innen entfaltet sich erst kollektiv. Der Kapitalismus weiß das, seit den 1970ern versucht er programmatisch, alles Kollektive zu zerschlagen („Neoliberalismus"). Die Ablehnung solcher kollektiver Strukturen ist der freiwillige Verzicht auf diese Macht und spielt dem Kapitalismus in die Hände. Deswegen auch kann eine anarchosyndikalistische Organisation keine Organisation von Gesinnungsgenoss_innen sein, die sich aufgrund einer gemeinsamen Ideologie oder einer „anarchosyndikalistischen Identität" zusammenschließen. Emil Pouget hat bereits 1919 (frz.: 1910) solche „Gesinnungsorganisationen" kritisiert, da ihnen „die materiellen Grundlagen, welche den Organisationen dauerhafte Lebenskraft geben könnten" fehle (Pouget 1919: 8).ix Gegenüber allen anderen anarchistischen Theorien hat der Anarchosyndikalismus einen gewaltigen Vorteil: Er hat ein Konzept, das Verbesserungen im Alltag schaffen kann und als Revolutionsmodell taugt. Womöglich – aber da streiten sich die Geister – sogar gewaltfrei (s.o.: sobald der Streik ernsthaft „volkswirtschaftlichen Schaden" anrichtet, wird das Militär gerufen…). Zumindest aber ist sicher, dass die Gewalt auf ein Minimum reduziert werden könnte, da der Generalstreik als Methode den Einsatz körperlicher Gewalt zumindest verringern wird. Ferner ist für diese Methode der Revolution ein vorheriger demokratischer Prozess zwingend erforderlich: Ein Generalstreik verlangt einen vorherigen Diskussionsprozess und breite Zustimmung. Damit hat der Anarchosyndikalismus ein Modell entwickelt, das Teilhabe aller (Demokratie), sofortige Veränderungen (soziale Gerechtigkeit) und eine Revolutionsoption (Herrschaftsfreiheit und Abschaffung des Eigentums) bietet. Das ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss, aber mir ist kein attraktiveres Modell bekannt.

Torsten Bewernitz ■

Verwendete Literatur:

- Beyer-Arnesen, Harald 2000: Direkte Aktion. Zum Verständnis eines Konzepts. Zit. nach: HYPERLINK „http://www.fau.org/texte/anarcho-syndikalismus/art_030914-104346" www.fau.org/texte/anarcho-syndikalismus…

- Engels, Friedrich 1972 HYPERLINK „https://we.riseup.net/fda+gaidao/1845" 1845: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: MEW 2. S.225 – 206.

- Jünke, Christoph 2011: Wolfgang Harichs Widersprüche. Anmerkungen zur Kritik der revolutionären Ungeduld.In: Kellerman, Philippe (Hrsg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Münster. S.146-166.

- Krug, Uwe 2008: Im Zug der Zeit – unabhängig denken, unabhängig handeln. In: Bewernitz, Torsten: Die neuen Streiks. Münster. S.111 – 118.

- Linse, Ulrich 1971: Die Transformation der Gesellschaft durch die anarchistische Weltanschauung. Zur Ideologie und Organisation anarchistischer Gruppen in der Weimarer Republik. In: Archiv für Sozialgeschichte XI, S.289 – 372.

- Münchow, Herbert 2008: Der GDL-Streik. In: Bewernitz, Torsten: Die neuen Streiks. Münster. S.89 – 110.

- Pouget, Émile 1919: Der Syndikalismus. Berlin.

- Ramus, Pierre 1910: Generalstreik und direkte Aktion im proletarischen Klassenkampfe. Mit einer besonderen Berücksichtigung des Grossstreiks von Schweden und des Deutschen Bergarbeiterstreiks zu Mansfeld. Berlin.

- Rocker, Rudolf 1925: Der Kampf ums tägliche Brot. Berlin.

- Roller, Arnold 1907: Die direkte Aktion. New York.

- Seidmann, Michael 2011: Gegen die Arbeit. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38. Heidelberg.

Vorurteile und Urteile über den (aktuellen) Anarchosyndikalismus

Kritik einer solidarischen Kritik.

In der letzten Ausgabe der Gai Dao war eine „solidarische Kritik am Anarchosyndikalismus" zu lesen. Es besteht offenbar beim Autoren – und sicher auch bei zahlreichen Leser_innen – der Bedarf nach Diskussion. Daher möchte ich als Anarchosyndikalist antworten. Bevor ich das tue, ist zu betonen, dass ich das als Einzelmitglied der FAU tue, das gerade eine Lokalföderation verlassen hat und im Begriff ist, eine neue mit aufzubauen. Es fehlt also ein lokaler Diskussionszusammenhang. Das, was ich im Folgenden beschreibe, ist daher nicht Dogma oder Prinzip der FAU oder auch nur einer lokalen anarchosyndikalistischen Gruppe, sondern meine persönliche Antwort auf Simon. Des Weiteren möchte ich wie Simon unterstreichen, dass dies ein ebenfalls solidarisch gemeinter Text ist. Gegenseitige Solidarität und Respekt heißt aber auch, sich über Inhalte streiten zu können. Ich vermisse in Simons Text die Gründe dafür, warum er „Anarchosyndikalismus für eine großartige Organisationsform" hält, wo er doch eigentlich nur Gründe dagegen anführt, sich anarchosyndikalistisch zu organisieren. Ich beginne daher mit m.E. offensichtlichen Gemeinsamkeiten, die sich auch im weiteren Text wiederfinden werden – ebenso, wie Aspekte der Kritik, denen ich zustimmen kann. Die Thesen Simons habe ich polemisch zugespitzt, um sie dann zu erläutern, hoffentlich großenteils zu entkräften oder kritisch weiterzudenken.

Zu den Gemeinsamkeiten zwischen Anarchosyndikalismus und Anarchokommunismus

Es ist zu unterstreichen, dass Anarchosyndikalismus nicht einfach „Anarcho" plus „Syndikalismus" (Gewerkschaft) ist. Es geht nicht nur um eine Strategie, nach dem Motto: Wir gründen eine Gewerkschaft, die macht dann die Revolution und dann ist Anarchie. Von so einer Gewerkschaft würden sich Arbeiter_innen zu Recht verarscht (weil: ausgenutzt) fühlen und sich ihr nicht anschließen. Das wäre ein autoritäres Konzept: Einige anarchosyndikalistische Kader gründen eine Massenorganisation (oder schließen sich einer an, das Problem bleibt im Kern dasselbe), weil sie die Revolution wollen und überzeugt sind, dass die Arbeiterklasse sich nur selber befreien kann; einige Leute, die aus ihrer Gesinnung heraus Revolution wollen, „instrumentalisieren" die „Masse", der sie diese Revolution zutrauen. Es ist in der Tat ein Problem der FAU – und sicherlich auch anderer anarchosyndikalistischer Gewerkschaften – so wahrgenommen zu werden. Ich sehe das Problem aber noch weit mehr in konspirativen, nicht öffentlich existenten Kleingruppen. Wenn die Befreiung der Arbeiterklasse Sache der Arbeiter_innen ist, entscheiden auch sie gemeinsam, wann, wo und wie. Alles andere widerspräche dem Plan der zu bauenden Gesellschaft, der Basisdemokratie und Föderalismus enthält – keineswegs nur im Anarchosyndikalismus, sondern auch in anderen Anarchismen. Und diese Prinzipien sollten ja – das unterscheidet die Anarchismen von den orthodoxen Marxismen – nicht nur im Ziel, sondern auch in den Mitteln enthalten sein. Der Syndikalismus hat dafür ein Rätemodell konzipiert bzw. mit dem Rätekommunismus gemeinsam u.a. in der deutschen Revolution 1918/19 entwickelt, in dem die Arbeiter_innen vor der Revolution für ihre Rechte und materielles Wohlergehen kämpfen können, gemeinsam die Revolution machen können und die Gemeinschaft als klassenlose Gesellschaft nach der Revolution aufbauen können. Kurz und gut: Das von Simon beschriebene Dilemma besteht keineswegs ausschließlich für den Anarchosyndikalismus, sondern genauso für anarchokommunistische Betriebsgruppen, die in Gewerkschaften mitarbeiten. Zum zweiten ist zu betonen, dass neben den Unterschieden die Gemeinsamkeiten zwischen Anarchokommunist_innen und Anarchosyndikalist_innen überwiegen: Ich werde weiter unten verdeutlichen, dass der Klassenbegriff der Anarchist Federation dem des Anarchosyndikalismus wie ähnlicher ist, als Simon impliziert. Auch die Ausgangsthese, übernommen aus der Ersten Internationale, dass die Arbeiterklasse sich nur selbst befreien kann, teilen AF

und FAU uneingeschränkt (siehe Pt. 8 der Grundsätze der AF). Das Ziel eines libertären Kommunismus im Sinne Kropotkins ist meines Wissens in beiden Strömungen weitgehend konsensual. Vielleicht drücken wir es mit Mengenlehre aus: Alle Anarchosyndikalist_innen sind Anarchokommunist_innen. Die Anarchokommunist_innen, die keine Anarchosyndikalist_innen sind, lehnen lediglich die gewerkschaftliche Strategie und Organisierungsmethode ab.

„Anarchosyndikalismus ist reformistisch"

Unter Reformismus sollten wir ein ideologisches Konzept verstehen, dass sich darauf versteift, durch Reformen eine neue Gesellschaft zu schaffen bzw. diese im Kern gar nicht verändern zu wollen. Alles andere ist nicht „reformistisch" sondern „reformerisch". Und das war der Anarchosyndikalismus in der Tat schon immer. Bereits in den frühen 1990er Jahren wurde in der „Direkten Aktion" Leserbriefe von „reinen" Anarchist_innen veröffentlicht, die der FAU „puren Reformismus" vorwarfen.i Dass das Gewerkschaftliche im Mittelpunkt steht und Veränderungen im Kapitalismus erstrebt werden, kann gar kein Vorwurf sein, sondern es ist das Konzept des Anarchosyndikalismus. Die IWW äußerten sich mit dem Begriff „pie in the sky" aus Joe Hills Song „The Preacher and the Slave" dagegen, Verbesserungen erst nach der „großen Revolution" anzustreben. Am deutlichsten hat es wohl Rudolf Rocker in seiner Broschüre „Der Kampf ums tägliche Brot" (1925) gemacht. Schon der Titel ist klar: Es wird eben nicht für den Kuchen von morgen, sondern um das Brot für heute gekämpft. Rocker wendet sich in dieser Broschüre gegen den Vorwurf durch die Kommunisten, der Anarchosyndikalismus sei apolitisch, weil er die Partei- und Parlamentsarbeit verweigere. Er hält dagegen, dass die FAUD nicht mal gegen gesetzliche Änderungen im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit wäre, sondern dass die FAUD der Meinung sei, das Parlament setze solche Dinge nur aufgrund des Drucks von der Straße und im Betrieb um. Im Klartext: Die FAUD kämpfte durchaus auch für staatliche Regelungen und Gesetze, wenn sie die Lebensumstände verbessern würden! Machen wir uns nichts vor: Selbst wenn es seit 1968 nicht mehr so sehr nach Weltrevolution ausgesehen hat wie heute, ist es doch arg unwahrscheinlich, dass wir morgen in einer freiheitlich-kommunistischen Welt aufwachen, es ist sogar unwahrscheinlich, dass wir das zu unseren Lebzeiten noch erleben (das mag für die jüngeren Leser_innen nicht gelten…). Sich dann nicht für bessere Löhne, mehr Freizeit etc. einzusetzen, ist zynisch bzw. ignoriert die Bedürfnisse der (Lohn-)Arbeiter_innen. Das ist nicht reformistisch, das ist pragmatisch und realistisch. Eine Gewerkschaft muss so handeln, sonst ist sie keine Gewerkschaft, sondern eine ideologische Sekte. Wenn dieser gewerkschaftliche Anspruch gestrichen wird, ist es kein Anarchosyndikalismus mehr, sondern schlicht Anarchismus. Schließlich bedeutet Syndikat ja nichts anderes als Gewerkschaft. Dieses Bekenntnis zu Reformen, die objektiv ein besseres Leben ermöglichen, ist der eine Aspekt, der den Anarchosyndikalismus von anderen Anarchismen abgrenzt. Der zweite Aspekt, der Anarchosyndikalist_innen für Veränderungen im Bestehenden (für ein besseres Leben im Falschenii) kämpfen lässt, ist die Überzeugung, dass man nicht von 0 auf 100 kommt: Eine Arbeiterklasse, die nie gekämpft hat, wird auch dann nicht kämpfen, wenn die Zeit für die Revolution reif ist (ich komme im nächsten Punkt dazu, warum ausgerechnet die Arbeiterklasse…). Bzw., wenn sie dies rein „spontanistisch" macht, sind die Aussichten auf Erfolg geringer. Der alltägliche – „reformerische" – Gewerkschaftskampf ist für den Anarchosyndikalismus eine „Kriegsschule"iii für die Revolution. Erfahrung und Austausch – ein organischer Lernprozess – sind für den Anarchosyndikalismus Grundvoraussetzung der Revolution. Ein letztes Wort zum Thema „Prinzipienerklärung" der FAU: Niemand aus der FAU hat zu irgendeinem Zeitpunkt jemals ernsthaft oder gar öffentlich behauptet, die bisherige Prinzipienerklärung sei „zu anarchistisch". Der Beitrag impliziert, dies sei ein wörtliches Zitat. Das ist Unsinn. Es gab von einigen Syndikaten und Lokalföderationen das Bedürfnis, die Prinzipienerklärung zu aktualisieren bzw. zu modernisieren aus folgenden Gründen: 1. Weil sie nicht wiedergebe, was die FAU aktuell tatsächlich macht, 2. weil sie sprachlich und stilistisch an der Ausdrucksweise der Autonomen der 1980er Jahre orientiert und damit nicht mehr zeitgemäß sei, 3. weil sie weniger eine Erklärung von Prinzipien als ein Welterklärungsversuch ist. Man kann aus diesen Aspekten die Vermutung ableiten, es ginge darum, „weniger anarchistisch" zu sein. Nun haben aber Autonome der 1980er Jahre auch nicht z.B. von Gentrifizierung oder Gender, Queering oder Dekonstruktion gesprochen. Das ist aber deswegen nicht mehr oder weniger anarchistisch. Die Ansätze einer neuen Prinzipienerklärung hätten eine Vorlage liefern sollen, in der man sich als dekonstruktive_r Post-Anarchist_in ebenso wiederfinden könne wie als individualistische_r Stirnianer_in oder als libertäre_r Marx-Leser_in. Und in der Tat sollte sie auch Leute ansprechen, die sich selber nicht als Anarchist_innen verstehen, denn eine Gewerkschaft ist keine Gesinnungsgemeinschaft. Die anarchosyndikalistische Gewerkschaft soll ihren Prinzipien nach anarchosyndikalistisch funktionieren – basisdemokratisch, föderalistisch, auf die Abschaffung des Kapitals verborgen liegt. Der Streik – und insbesondere der Generalstreik – ist die Macht, die momentan die Welt bewegt und vor der die Herrschenden Angst haben. Die Jasmin-Revolution in Tunesien begann mit einer Streikbewegung in Gafsa, Mubarak reagierte erst auf die ägyptische Revolution, als die Arbeiter_innen begannen, ihre Streikmacht einzusetzen (nachdem sich Ägypten seit 2006 in einem historischen Streikhoch befindet), Griechenland beeindruckt durch die europäisch höchste Zahl an Generalstreiks: Keine Revolution ohne Streik, kein Streik ohne proletarische Organisierung. Letztlich ist es aber dennoch unleugbar: Wer eine Gewerkschaft gründet, die für die Interessen der Arbeiter_innen im Kapitalismus eintritt, muss früher oder später mit der Bourgeoisie verhandeln. Und diese möchte etwas: Zumindest eine zeitweise Garantie, in Ruhe produzieren und akkumulieren zu können. Wenn das Kapital höhere Löhne, mehr Freizeit oder was immer gibt, erwartet es, dass dafür zumindest für eine bestimmte Zeit Ruhe herrscht. Das ist das Debakel aller Tarifverträge.viii Jede Gewerkschaft –auch die anarchosyndikalistische – steht dann vor dem Problem, den „sozialen Frieden" garantieren zu müssen – letztendlich also die Arbeiter_innen kontrollieren zu müssen. Diese Ambivalenz des Gewerkschaftswesens ist letztlich sogar der CNT in der Spanischen Revolution auf die Füße gefallen, die gegen den Willen der Arbeiter_innen in einer revolutionären Situation wegen des gleichzeitigen Bürgerkrieges die Arbeitsdisziplin aufrecht erhalten musste (vgl. Seidmann 2011).

Es gibt gewisse formale Tricks wie auch anarchosyndikalistische Prinzipien, die diesem Dilemma vorzubeugen versuchen. Streiks sind auch im von oben verordneten Frieden möglich, wenn sie Themen betreffen, die nicht tariflich vereinbart wurden. Und Methoden wie Boykott und Sabotage – vor allem Bummeln, Absentismus (Krankfeiern), Dienst nach Vorschrift, Whistleblowing, Diebstahl am Arbeitsplatz etc. – können dann jenseits der offiziellen Vereinbarungen eingesetzt werden. Anarchosyndikalistische Gewerkschaften stecken also gar nicht so sehr in dem Dilemma zwischen „Reform" und „Revolution", sondern vielmehr in dem Dilemma, solche Verbesserungen durchzusetzen und auch manifestieren zu wollen, aber keinen sozialen Frieden schließen zu wollen. Hier prallen in der Tat zwei Verständnisse der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft radikal aufeinander, die m.E. wesentlich relevanter sind als die Frage nach einem „anarchistischen" und einem „syndikalistischen" Flügel und die beide ihre Berechtigung haben. Der – im Sinne von Simons Kritik – einzige problematische Aspekt des Anarchosyndikalismus ist m.E., beides zu wollen. Und das soll hier keineswegs verstanden werden als Kritik eines Mitglieds an der Gesamtorganisation, sondern ich ganz persönlich erwarte beides von der FAU und anderen anarchosyndikalistischen Gewerkschaften. Das ist allerdings auch der historischen Situation geschuldet: Das Konzept des militanten Klassenkampfes ist momentan – zumindest in Deutschland – trotz der globalen Krise (noch) in einer Defensivsituation. Für uns mindestens selbstverständliche Gewerkschaftsrechte sind selbst von der Judikative nicht wirklich anerkannt (politisches Streikrecht, Tarifautonomie, Koalitionsrecht im eigentlichen Sinne etc.); diejenigen, die den Klassenkampf am notwendigsten führen sollten, weil ihnen jegliche Gewerkschaftsorganisierung fehlt, trauen sich am wenigsten, weil sie auch am wenigsten Macht haben – LeiharbeiterInnen, Schein- und Soloselbstständige, Werkvertrags- und Honorararbeiter_innen etc. Müssten die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften nicht um die pingeligsten Dinge kämpfen – im dreifachen Sinne: um die banalsten Gewerkschaftsrechte, um ein kampffähiges Minimum an Mitgliedern und um Ideologien – könnten sie sich auf den Aspekt einer zumindest einigermaßen machtvollen Betriebsguerilla orientieren. Es gibt erstaunliche Beispiele, dass es auch anders gehen kann: So gibt es im Weser-Ems-Gebiet seit drei Jahren eine „Unabhängige Gewerkschaft Zeitarbeit", verschwiegen von sämtlichen Medien, die in wenigen Monaten mit über 60 Leiharbeitsklitschen Tarifverträge weit über DGB-Niveau und teilweise mit equal pay vereinbart hat – mit ca. 30 Mitgliedern! Und dabei hat diese Gewerkschaft zumindest schon mal keine Berührungsängste mit dem Anarchosyndikalismus… Mit entsprechendem KnowHow und dem Willen lässt sich hier wesentlich mehr reißen, als wir momentan überhaupt erahnen, wenn wir gerade nicht vom Ende des Kapitalismus träumen. Auch wenn die Frage der aktuellen Strategie eine Frage der Gesellschaftsanalyse ist (die offenbar durchaus verschieden ausfällt), bleibt es dabei: Der Kritikpunkt hat Hand und Fuß. Das beste, was Anarchosyndikalist_innen dazu sagen können, ist, dass ihnen dieses Problem bewusst ist. Was sich hier allerdings im Kleinen widerspiegelt, ist die Struktur des Kapitalismus, das ambivalente Verhältnis von (totem) Kapital und (lebendiger) Arbeit, wobei letztere Notwendigkeit für funktionierenden Kapitalismus ist und entsprechend integriert werden muss und sich auch integriert, andererseits aber auch das unkontrollierbare und widerspenstige Moment des Kapitalismus darstellt.

Fazit: Eine Lanze für den Anarchosyndikalismus

Diese Konzepte des Anarchosyndikalismus sind im Detail sicherlich nicht immer perfekte Problemlösungen. Um nur einen Aspekt anzumerken: Was macht man mit dem Konzept der Wirtschaftsmacht mit prekär Beschäftigten, Werks- und

anderen – aufgeworfene Problem ist aber nicht von der Hand zu weisen. Wie am Beispiel GDL erläutert, sehe ich dabei kein Problem darin, dass Gewerkschaften die Arbeiterklasse angeblich „spalten" würden „in Erwerbstätige und Erwerbslose, in Gewerbe und Zunft, in Facharbeit und unqualifizierte Arbeit, usw." – im Gegenteil ist ja die gemeinsame Organisierung in „one big union" (so die entsprechende Parole der IWW und der Name der Wobblies in Kanada) dazu da, genau diese Spaltungen zu überwinden. Das unterscheidet die großen Industriegewerkschaften (deren Zeit sicherlich vorbei ist, aus deren Konzept aber sicherlich Aspekte weiter von Nutzen sein können), in deren Hochzeit auch die Blüte des Anarchosyndikalismus fällt, von den zünftlerischen Handwerkergemeinschaften. Und im Gegenteil können Branchenorganisationen nutzvoll sein, um die Idee des Generalstreiks pragmatisch und flexibel umzusetzen: Pierre Ramus hat bereits 1910 in die berühmte „Massenstreikdebatte" interveniert, indem er argumentiert hat, dass ein Generalstreik eben nicht bedeute, dass alle streiken müssten. Das landläufige Argument der Sozialdemokrat_innen, war ein durchaus Plausibles: Dass ein Streik Einschränkung – und zwar teilweise drastische Einschränkung – der eigenen Lebensqualität bedeutet und das Kapital die Arbeiterklasse leicht „aushungern" könne. Ramus hielt dagegen eine strategische Version des Generalstreiks, in der Schlüsselindustrien bestreikt werden. D.h. ein Generalstreik muss keineswegs bedeuten, dass alle Arbeiter_innen in den Streik treten, sondern, gerade wenn sie gemeinsam organisiert sind, geplant werden kann, welche Form des Streiks besonders weitreichenden „volkswirtschaftlichen Schaden" anrichtet. Dafür ist es sogar sinnvoll, sich an einer– wechselhaften – Zusammensetzung der Arbeiterklasse zu orientierten. Hand drauf: Vermeintlich „unqualifizierte" Leiharbeiter_innen werden, wenn sie alleine streiken, schlicht recht einfach aus den Reihen der „Reservearmee"[vii] ersetzt. Schon hier kann man einwenden: Vielleicht weniger schnell, wenn die Reservearmee gemeinsam mit ihnen organisiert ist. Wesentlicher aber ist, dass eine Organisierung nach Branchen bei mit einhergehender Analyse der Klassenzusammensetzung und der Machtverhältnisse – ein Grundverständnis von Solidarität und gegenseitiger Hilfe vorausgesetzt – dazu befähigt, die Klassensegmente mit hoher Kampfkraft in einem Generalstreik strategisch einzusetzen: Nicht umsonst erleben wir in den letzten Jahren eine neue (oder besser: erneuerte) militärische Bekämpfung von Streiks im Transportsektor. Spanische streikende Fluglotsen wurden militärisch gezwungen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen und in Griechenland übernahm das Militär den Öl- und Benzintransport während des Streiks der Transportarbeiter_innen – womit wir zumindest ein Indiz dafür hätten, wo heute (zumindest in der westlichen Welt) die Arbeitermacht

pitalismus und der Staatsherrschaft ausgerichtet – aber auch offen sein für Arbeiter_innen, die (noch?) keine Anarchosyndikalist_innen sind.[iv] Wiederum: Ansonsten handelt es sich eben nicht um eine Gewerkschaft, die Gruppe muss dann zwangsläufig klein bleiben und der Begriff „Syndikat" wäre erneut verfehlt.

„Anarchosyndikalismus ist eine Hauptwiderspruchstheorie"

Das ist letzten Endes der Vorwurf, wenn Simon schreibt, der Anarchosyndikalismus würde sich auf den „Arbeitsplatz als ein Ort des Klassenkampfes" beschränken. In dem Sinne führt er weiter aus, dass dadurch migrantische Kämpfe, sexuelle Konflikte, etc. außer Acht gelassen würden. Erstens stimmt es nicht, dass der Anarchosyndikalismus sich auf den Arbeitsplatz beschränkt. Das wäre auch für eine reine Gewerkschaft zu wenig, das machen nicht einmal die Mitgliedsgewerkschaften des DGB. Der Anarchosyndikalismus erkennt durchaus eine Gleichberechtigung der Kämpfe an. Würde er diese Herrschaftsmechanismen nicht erkennen, kritisieren und bekämpfen, dann wäre tatsächlich das „Anarcho-" im Namen fehl am Platz. Was den Anarchosyndikalismus tatsächlich von anderen anarchistischen (und sonstigen linken) Ansätzen unterscheidet, ist seine Analyse der Kräfteverhältnisse: Die sozialen Verwerfungen und die Herrschaft, die durch Ethnisierung, Geschlechterverhältnisse etc. produziert werden bzw. die ausgeübt wird, sind gleich zu behandeln. Aber ein_e Migrant_in hat keine besondere Macht, die er/sie als Migrant_in ausüben kann, geschlechtliche Gleichheit lässt sich nur begrenzt durch diskursive Strategien erreichen bzw. nur auf dem Papier, auch Schüler_innen und Studierende haben keine Machtmittel, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Eingedenk des ersten Kritikpunktes könnte man nun vermuten, dass das ja alles auch „reformistische" Forderungen sind, denen man als Anarchist_in gar nicht nachkommen müsse – in der Tat ein Argument, das historisch im Anarchismus durchaus häufig verwendet wurde (vgl. Linse 1971). Das sieht die anarchosyndikalistische Theorie fundamental anders – und die meisten anderen Anarchist_innen wahrscheinlich auch, denn sonst würde sich jegliches politische Engagement ja von alleine erübrigen. Ein solcher Anarchismus, der auf die Revolution warten wollte, wäre für das System keinerlei Bedrohung – und es widerspräche auch einem Kernelement des Anarchismus, der revolutionären Ungeduld.[v] (Damit sollte der Vorwurf des Reformismus nun endgültig ausgeräumt sein.) Der Anarchosyndikalismus erkennt die verschiedenen politischen und sozialen Widersprüche im Kapitalismus als gleichwertig an, aber er erkennt in der Arbeit eine Grundlage des Kapitals, durch deren Entzug dem System seine Basis genommen ist. Darum haben die Menschen in ihrer Rolle als Arbeitende die Möglichkeit, durch diesen Entzug einen besonderen Druck auszuüben. Nicht, weil Arbeiter_innen in irgendeiner Weise besonders unterdrückt oder besonders privilegiert wären, sondern weil sie eine besondere Macht haben. Das ist die Grundlage eines Kerns der anarchosyndikalistischen Theorie: der Direkten Aktion. Diese wird heutigentags gerne (falsch) verwendet als besonders militante oder aber auch spontane Aktion, gemeint war aber immer eine, die möglichst direkt zum Ziel führt – das muss nicht militant und auch nicht immer illegal sein und kann oft gar nicht spontan sein. Es setzt aber eine bestimmte Macht voraus (vgl. zum Verständnis von Direkter Aktion historisch: Roller 1907, aktuell: Beyer-Arnesen 2000). Wenn anarchosyndikalistische Organisationen in diesem Sinne wirtschaftliche Kampforganisationen sein wollen, dann nicht, weil sie die wirtschaftlichen Probleme für frappanter als andere Unterdrückungsverhältnisse halten, sondern weil sie hier die Möglichkeit sehen, das direkt – und wenn es kollektiv geschieht auch effektiv – gekämpft werden kann. Die ökonomische direkte Aktion ist die Methode, sie kann auch für andere Ziele eingesetzt werden. Nur so macht die anarchosyndikalistische Idee Sinn, dass die Revolution durch einen Generalstreik durchgeführt wird, oder besser: dass die Revolution ein sozialer Generalstreik ist. Das setzt ferner einen recht weiten Begriff der Arbeiterklasse und des Klassenkampfs voraus. Es geht hier nicht um weiße, männliche Industriearbeiter. Arbeiter_innen sind alle, die nichts zu verkaufen haben außer ihrer Arbeitskraft. Das gilt zumeist für alle denkbaren Geschlechter, über ethnizistische Zuschreibungen hinaus, oftmals auch für Schüler_innen und Studierende, wenn diese überlebensnotwendig nebenbei jobben. Und letzten Endes ist festzuhalten: Es geht nicht um eine identitäre Verherrlichung der Arbeiterklasse, sondern um deren Abschaffung in einer klassenlosen Gesellschaft: dem libertären Kommunismus. Diese Positionierung erscheint mir übrigens ziemlich ähnlich mit dem dritten Punkt der Grundsätze der Anarchist Federation, genau genommen erscheint mir diese sogar näher an einer „Hauptwiderspruchstheorie": Denn der AF sind diese „genauso wichtigen" Aspekte letztlich nur „Verdeckungen der wirklichen Klassenunterschiede", entstanden aus „Mangel an Klassenbewusstsein" (Pt. 2 der Grundsätze der AF).

„Anarchosyndikalismus fördert Standesdenken“

Simons nächster Kritikpunkt ist, genau betrachtet, gar keine Kritik am Anarchosyndikalismus, sondern eine Kritik am Gewerkschaftswesen allgemein. Gewerkschaften würden, so Simon, Artbeiter_innen nach „Berufszweigen“ organisieren und damit einen jeweiligen Gruppenegoismus stärken. Als Beispiel nennt er die GDL, die für Lokführer_innen höhere Löhne aushandeln würde als für andere Bahnarbeiter_innen. Mit Verlaub: Das ist ein unsinniges Argument. Tschechische Gewerkschafter_innen beschweren sich bei deutschen Gewerkschafter_innen darüber, dass in Deutschland zu wenig für Lohnerhöhungen gekämpft wird. Niedrige Löhne in Deutschland reduzieren auch das Lohnniveau in Tschechien. Genauso werden hohe Forderungen (und im Übrigen sind die GDL-Forderungen keineswegs überzogen) der GDL hohe Forderungen weiterer Transportarbeiter_innen mit sich bringen. Die GDL streikt, weil sie es kann. Die Streiks der GDL zeigen keinen Branchenegoismus, sondern die strukturell vergleichsweise hohe Streikmacht von Transportarbeiter_innen. Im ersten bekannt gewordenen GDL-Streik 2005 wurde von der Basis aus auch für Zugbegleiter_innen mitgekämpft. Für die Streikaktivist_innen war das wesentlich. Für die GDL-Führung allerdings nicht: Als sich ein Verhandlungsergebnis abzeichnete, ließ die GDL die Zugbegleiter_innen fallen wie eine heiße Kartoffel – sehr auch zum Missfallen der streikenden Basis (vgl. Krug 2008und Münchow 2008). Aber selbst wenn die These vom Gruppenegoismus der Branchengewerkschaft GDL stimmen würde: Was für ein Indiz gibt es dafür, dass eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft ebenso handeln würde? Es sind doch gerade die Prinzipien des Anarchosyndikalismus – die Basisdemokratie, die eine Entscheidung wie die der GDL-Funktionäre unmöglich gemacht hätte und vor allem die föderale Grundstruktur – die diesen Gruppenegoismus verhindern sollen. Und nicht zu vergessen: Solidarität ist ein weiteres anarchosyndikalistisches Grundprinzip. Wir gehen ins Detail: Der Anarchosyndikalismus im engeren Sinne organisiert sich in der Tat nach Branchen, während der Unionismus (wie die IWW) sich nach Betriebszugehörigkeit organisiert. Man könnte nun der IWW ebenso gut vorwerfen, dadurch würde sie die Identifizierung mit dem Betrieb stärken und dadurch Arbeitskämpfe verhindern. Es gibt für beide Organisationsmöglichkeiten gute Gründe und ich würde den Begriff „Syndikalismus“ auch nicht für eines der beiden Modelle reservieren wollen. Die Einzelgewerkschaften – Syndikate – sind im Idealfall lokal in einer Lokalföderation miteinander vernetzt und überregional in einem föderalen Syndikatsverband. Die Grundidee des Anarchosyndikalismus ist, dass diese miteinander reden (s.o.: Erfahrungen austauschen!) und sich im Arbeitskampf unterstützen. Der Anarchosyndikalismus ist, kurz und gut, eine Methode, um genau den beschriebenen „Branchenegoismus“ zu überwinden. Diese Bemühungen sind gerade eine Reaktion in Anerkennung der durchaus bedenkenswerten Aspekte, die Errico Malatesta benannt hat.

„Der Anarchosyndikalismus ist ein identitäres Konstrukt“

Die Kritik an einem vermeintlichen Sektierertum und dem Hochhalten einer „anarchosyndikalistischen Identität“ basiert offenbar auf einem Missverständnis. Eben dem, das man es mit einer Gesinnungsorganisation zu tun habe, in der nur Anarchosyndikalist_innen mitmachen dürften. Warum dann also eine kleine Gewerkschaft, „wenn es große Gewerkschaften gibt“? Tja, warum schließen sich z.B. IG Metall oder IGBCE nicht dem Christlichen Gewerkschaftsbund CGB an? Nicht, weil sie alle Atheist_innen wären, sondern weil der CGB als gelbe Gewerkschaft arbeitet, Gefälligkeitstarifverträge unterschreibt und die von DGB-Gewerkschaften ausgehandelten Tarife unterläuft. Die Mitglieder der FAU sind deswegen nicht in einer DGB-Gewerkschaft, weil diese zu streikzahm sind, weil sie sich die „Sozialpartnerschaft“ auf die Fahnen geschrieben haben, weil sie über die weißen, männlichen Industriearbeiter immer noch zahlreiche andere Mitglieder des Proletariats vergessen. Und vor allem: Weil sie nicht glauben, dass man das innerhalb des DGB ändern kann – mangels basisdemokratischer Strukturen. Viele FAU-Mitglieder arbeiten gerne mit Kolleg_innen aus der Basis der DGB-Gewerkschaften zusammen. Das einzige, was sie voneinander trennt, ist oftmals die Hoffnung, den Funktionärsapparat ändern zu können einerseits, und die Hoffnung, eine eigene Gewerkschaft stark machen zu können andererseits. In den meisten Staaten der Welt haben wir eine gesetzliche Koalitionsfreiheit. D.h. sinngemäß: Wenn sich drei Menschen in einem Betrieb zusammentun, sind sie faktisch eine Gewerkschaft. In der BRD sah die Rechtsprechung bislang oft anders aus, da die Gerichte dazu tendier(t)en, nur tariffähige Gewerkschaften als Gewerkschaften anzuerkennen. vi Das Modell „DGB“ ist weltweit nahezu einmalig. Und man darf nicht vergessen: Eigentlich ist auch der DGB eine (sozialdemokratische) Richtungsgewerkschaft – wenn es auch durchaus viele CDU-Mitglieder gibt. Das ist theoretisch, nach den Statuten, bei der FAU ebenso möglich. Natürlich bezieht sich Simons Kritik auf das Agieren der tatsächlichen Mitglieder der FAU. Viele FAU-Mitglieder (auch ich) lieben es, ihre Mitgliedschaft durch schwarze Katzen, schwarz-rote Fahnen, Schals, Buttons usw. sichtbar zu machen. Das ist ambivalent: Einerseits sieht es doch stark nach Gesinnungsorganisation aus, die sich durch gemeinsame Kennzeichen abgrenzt (alles andere als neu in sämtlichen Strömungen der Arbeiterbewegung übrigens und in den DGB-Gewerkschaften auch nicht anders…), andererseits macht es die Personen aber auch erkenn- und damit ansprechbar. Das heißt aber keineswegs, dass es irgendeinen Dresscode, eine spezifische kulturelle Vorliebe oder ähnliches gibt, die zu einer Mitgliedschaft prädestiniert. Sicherlich gibt es Lokalföderationen, in denen (fast) alle dieselbe Musik hören oder dieselbe Sportart lieben. Nichtsdestotrotz: es gibt sicherlich auch in jeder Lokalföderation „die anderen“, die vielleicht in Anzug aufkreuzen, die HipHoper_in unter Punker_innen oder wie auch immer. Und diejenigen, die das ganze „identitäre Zeugs“ wie T-Shirts, Buttons, Aufkleber nicht mögen. Wenn allerdings ein FAU-Syndikat mit zehn Leuten loszieht und fünf davon schwenken die schwarz-rote Fahne und trägte Katzen-T-Shirt, während die andere Hälfte nicht äußerlich erkennbar zuzuordnen ist – wer fällt dann auf? Eben. Wir nehmen sogar Menschen mit Katzenallergie.

Kulturen des Widerstands

Aufmerksamen Leser_innen wird nicht entgangen sein, dass die Antwort auf die Kritikpunkte Simons nur vier Aspekte enthält, während er doch fünf Kritikpunkte hatte. Der vierte von ihm genannte Punkt ist aber im eigentlichen Sinne keine Kritik, sondern stellt ein Gegenkonzept vor. Ich möchte dieses Konzept hier gar nicht groß kritisieren oder in Frage stellen. Fakt ist: In vielen Betrieben funktionieren anarchosyndikalistische Gruppen genau so. Das ist aber nicht Konzept, sondern ein Kompromiss, der die bestehenden Verhältnisse achtet. Es kann in der Tat mit einer dreiköpfigen Gruppe in einem fünfhundertköpfigen Betrieb sinnvoll sein, sich in anderen Betriebsgruppen, einer tariffähigen Gewerkschaft etc. zu engagieren und sich mit den Kolleg_innen „anarchistisch“ zu vernetzen. Allerdings stößt das Konzept schnell auf Grenzen: Meist in dem Moment, in dem die Gewerkschaft/der Betriebsrat doch mit der Konzernleitung verhandeln muss. Dann steht eine solche Gruppe vor genau denselben Problemen wie die anarchosyndikalistische Betriebsgruppe. Den in den Gewerkschaften engagierten Anarchist_innen bleibt dann nur, diesen Weg mitzugehen oder konsequent auszutreten. Da fragt man sich allerdings, was die Mitarbeit in den Gewerkschaften überhaupt sollte. Laut Simon vor allem: „eine Kultur des Widerstands verbreiten“. Es lässt sich trefflichst darüber streiten, aber ich denke, dass Gruppen, „die offiziell gar nicht existieren“ sehr schnell an Grenzen stoßen, was die Verbreitung „ihrer“ Kultur betrifft. Widerständige Kolleg_innen findet man überall, und sich (auf welche Weise auch immer) zusammenzuschließen: das ist der Kern des Anarchosyndikalismus. Zweck dieses Zusammenschlusses ist aber im Anarchosyndikalismus nicht die Verbreitung einer bestimmten „Kultur“ oder der Schaffung von „Bewusstsein“, sondern das gemeinsame Engagement für die eigenen Interessen. Eine „Kultur“ oder ein „Bewusstsein“ als Anarchist zu den anderen hinzutragen, ist ein avantgardistisches Konzept – ein ‚unbewusster Leninismus'. Solch ein Konzept hat in der Tat auch die FAI gehabt, als sie die CNT – sozusagen – infiltrierte. Es ist ein Konzept, das informelle Hierarchien von vornherein einplant, das von Kadern und Eliten ausgeht: Bei aller anarchistischen Anschauung, die dahinter steht: Gehandelt ist dies nicht anarchistisch.

Die Ambivalenz von Gewerkschaften im Kapitalismus

Diskussionen um eine richtige oder falsche Strategie des Anarchismus sind oftmals, gerade in heutiger Zeit, Debatten um die Machbarkeit. Es ist ein Unterschied, eine Kritik zu formulieren, die im Wesentlichen besagt „Revolutionäre Gewerkschaften haben momentan keine Chance“, wie es Simon im Wesentlichen macht, oder „Gewerkschaft und Revolution schließt sich aus“ wie es die Anarchist Federation (Pt. 7 der Grundsätze der AF) betont. Und damit zum letzten – und entscheidenden – Punkt. Die fundamentale Kritik der Anarchist Federation am Anarchosyndikalismus ist die These vom notwendig reformerischen Charakter der Gewerkschaften. Die Beispiele, die Simon nennt, sind nicht gerade die deutlichsten dafür: Bzgl. der französischen CGT ist anzumerken, dass sie nicht einfach reformistisch wurde, sondern sich in die reformerische CHT und die revolutionäre CGTU spaltete. Auf dem ersten Gewerkschaftskongress der Komintern schloss die Rest-CGT sich der RGI (Rote Gewerkschafts-Internationale) an und war von da an nicht mehr anarchosyndikalistisch, sondern bolschewistisch orientiert. Die Prinzipienerklärung der FAU als Beispiel für eine solche Entwicklung heranzuziehen, wäre selbst dann Unsinn, wenn Simons Vermutung richtig wäre: Warum sollte die FAU eine „reformistischere“ Prinzipienerklärung verabschieden zu einem Zeitpunkt, in dem sie gar nicht in Verhandlungen mit Kapitalisten steht?

Das von der Anarchist Federation (Pt. 7) – und vielen